

*Protokoll des Gemeinderates*

**Sitzung Nr. 9**

**vom 28. Oktober 2025**

**Vorsitz**

François Scheidegger, Stadtpräsident

**Anwesend**

Remo Bill  
Daniel Hafner  
Andreas Saladin  
Elia Marti  
Andreas Dysli  
Konrad Schleiss (Ersatz)  
Ivo von Büren  
Marc Willemin  
Fabian Affolter  
Richard Aschberger  
Daniel Lack  
Matthias Meier-Moreno  
Tobias Neuhaus  
Roland Goetschi (Ersatz)

**Entschuldigt**

Susanne Sahli  
Patrick Crausaz

**Anwesend von Amtes wegen**

David Baumgartner, Finanzverwalter  
Aquil Briggen, Stadtbaumeister  
Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt  
Nicole Hirt, Gesamtschulleiterin  
Reto Kämpfer, Leiter SDOL  
Thomas Maritz, Feuerwehrkommandant, Leiter Ordnung  
und Sicherheit  
Michael Thoma, Leiter Rettungsdienst  
Susanne Sahli, Wirtschaftsförderin  
Sven Schär, Stadtschreiber  
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,  
Stadtschreiber-Stv. (Protokollführerin)

**Dauer der Sitzung**

17:00 Uhr - 20:10 Uhr

## TRAKTANDEN (2341 - 2349)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 23. September 2025
- 2 2341 Finanzplan 2026-2030
- 3 2342 Kehrrichtgebühren 2026
- 4 2343 Teuerungsanpassung 2026
- 5 2344 Budget 2026: Genehmigung des Budgets sowie Festlegung des Steuerfusses, der Personalsteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe
- 6 2345 Kompass: Controlling Berichtsjahr 2024-2025
- 7 2346 Interpellation Remo Bill (SP): Bauqualität in der Stadt Grenchen sicherstellen und fördern: Beantwortung
- 8 2347 Mitteilungen und Verschiedenes
- 9 2348 **VERTRAULICH**
- 10 2349 **VERTRAULICH**

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 23. September 2025 wird mit folgender Änderung genehmigt.

### **GRB 2337**

### **Wahl in die Bau-, Planungs- und Umweltkommission für die Amtsperiode 2025-2029**

In Ziff. 1.1 sollte bei Konrad Schleiss (bisher, GR) die Parteibezeichnung *FDP* stehen.

*Der Beschluss wird ausgewechselt.*

- o -

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2341*

## **Finanzplan 2026-2030**

Vorlage: FV/17.10.2025

### **1 Erläuterungen zum Eintreten**

- 1.1 Wie Finanzverwalter David Baumgartner ausführt, zeigt der Finanzplan über die Planjahre 2026-2030 Ergebnisse in der Grössenordnung von minus 3.4 Mio. Franken bis minus 6.6 Mio. Franken und jährliche Finanzierungsfehlbeträge von 10 bis 14.3 Mio. Franken. Und das basierend auf einem Budget 2026, das bereits stark redimensioniert worden ist.
- 1.1.1 Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten fordern Europa immer noch stark und führen zu Unsicherheiten in den globalen Märkten. Die Schweiz als exportorientierte Volkswirtschaft steht unter Druck durch zunehmende geopolitische Spannungen, insbesondere zwischen den USA, China und Russland. Protektionistische Tendenzen, Handelskonflikte und die Tendenz zu Blockbildungen könnten die internationalen Absatzmärkte für Schweizer Präzisionsprodukte - wie sie auch in Grenchen hergestellt werden - einschränken. Gleichzeitig bleibt die Schweiz relativ stabil, mit moderatem Wachstum und einer robusten Binnenwirtschaft. Die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich geht in der Septemberprognose für 2025 von einem BIP-Wachstum von 1.4 % aus. Für das kommende Jahr sinkt das BIP gemäss KOF auf 0.9 % und für 2027 werden 1.6 % prognostiziert.
- 1.1.2 Der Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor robust. Die Erwerbslosenquote nach dem ILO-Index wird in diesem Jahr mit 4.6 % angenommen - nach 4.0 % im Jahr 2024. Für das kommende Jahr wird von einer leichten Steigerung auf 4.7 % ausgegangen. Wobei vor allem die Quoten für Jugendliche (15-24 Jahre) und für ausländische Staatsangehörige höher prognostiziert werden (Jugendliche 7.6 %, Ausländer 7.5 %). Die Arbeitslosenquote gemäss SECO geht von 2.9 % im 2025, 3.0 % im 2026 und 2.8 % im 2027 aus.
- 1.1.3 Begleitet wird die ganze Ausgangslage durch Teuerungsraten von 0.2 % in diesem Jahr, 0.5 % im kommenden Jahr und 0.6 % im Jahr 2027.
- 1.1.4 Das Zinsumfeld stagniert um die Nullprozentgrenze und es werden auch wieder Negativzinsen verlangt in gewissen Bereichen. Der SARON wird für 2025 mit 0.0 % erwartet und könnte sich je nach zinspolitischen Entscheidungen von der SNB in den negativen Bereich entwickeln.
- 1.2 Damit ergibt sich folgende Ausgangslage:
- 1.2.1 Der Finanzplan wurde aufgrund der allgemeinen Vorgaben erstellt, die in der Vorlage erwähnt sind. Jahr 1, also 2026, entspricht wie immer den Zahlen für das Budget 2026. Die Jahre 2027 bis 2030 sind die sogenannten Planjahre.

- 1.2.2 Der betriebliche Aufwand bewegt sich über die ganze Planperiode zwischen 131 Mio. bis 137 Mio. Franken. Dieser Betrag nimmt über die ganze Planperiode stetig zu. Gegenüber dem Budget 2025 erhöhen sich die Personalkosten in der Planperiode zwischen 0.3 Mio. und 3.6 Mio. Franken. Der Sach- und Betriebsaufwand ist in den Planjahren zwischen 0.8 Mio. und 0.2 Mio. Franken tiefer als im Budget 2025. Die Abschreibungen nehmen im Laufe der Planperiode gegenüber Budget 2025 um 0.4 Mio. bis 0.7 Mio. Franken ab, was mit dem Auslaufen der Abschreibungen aus der Umstellung auf das neue Rechnungsmodell HRM2 zu tun hat.
- 1.2.3 Der betriebliche Ertrag liegt in der Planperiode zwischen 123 Mio. und 127 Mio. Franken.
- 1.2.4 Somit ergeben sich über alle Planjahre konstant negative Ergebnisse aus betrieblicher Tätigkeit von minus 7.6 Mio. bis minus 10.6 Mio. Franken.
- 1.2.5 Die positiven Finanzierungsergebnisse von 3 Mio. bis 3.9 Mio. Franken verbessern die Gesamtergebnisse über die gesamte Planperiode.
- 1.2.6 Der ausserordentliche Ertrag entsteht jeweils aus der Auflösung von Vorfinanzierungen für Investitionen.
- 1.2.7 Für die Jahresergebnisse bedeutet das, dass 2026 mit einem Fehlbetrag von 3.5 Mio. Franken und ab 2027 mit negativen Ergebnissen zwischen 5 Mio. bis 6.7 Mio. Franken gerechnet wird.
- 1.2.8 Der Finanzierungsplan sieht Finanzierungsfehlbeträge zwischen 10 Mio. bis 14.4 Mio. Franken vor. Da nebst den ordentlichen Investitionen auch diverse grössere Projekte anstehen oder schon laufen (z. B. Sanierung und Erweiterung von Schulhäusern, Gemeindestrassen etc.), braucht es deutlich mehr finanzielle Mittel für die bestehende Infrastruktur.
- 1.2.9 Die Nettoinvestitionen betragen in der Planperiode zwischen 9 bis 12 Mio. Franken. Kumulativ sind dies rund 51 Mio. Franken.
- 1.2.10 Das Eigenkapital entwickelt sich gemäss den Rechnungsergebnissen und nimmt im Laufe der Planperiode um rund 30 Mio. Franken ab.
- 1.2.11 Insgesamt resultiert eine Zunahme der Neuverschuldung von 10 bis 14 Mio. Franken pro Planjahr. Der Selbstfinanzierungsgrad bleibt darum mit durchwegs negativen Werten deutlich unter der anzustrebenden Quote von 80 %-100 %.
- 1.2.12 Grafisch zeigt sich bei der Entwicklung der Verschuldung für die Stadt folgendes Bild: Das Eigenkapital (grün) nimmt stetig ab, während die Verschuldung (rot) kontinuierlich zunimmt. Die beiden Linien in der Grafik sollten sich parallel entwickeln und nicht in einer zueinander laufenden Form.
- 1.2.13 Die Verschuldung pro Kopf nimmt entsprechend stetig zu und erreicht einen Wert von 2'795 Franken am Ende der Planperiode. Diese Verschuldung wird gemäss Definition Finanzhaushalt HRM2 bereits als «hohe Verschuldung» taxiert.
- 1.2.14 Die Brutto-Darlehensschulden nehmen aufgrund der sehr tiefen Selbstfinanzierung im Laufe der Planperiode deutlich zu und betragen am Ende dieser über 185 Mio. Franken.

- 1.2.15 Der gewichtete Nettoverschuldungsquotient zeigt das Verhältnis der Nettoverschuldung zum Steuerertrag. Am Ende der Planperiode wird dieser Wert über 113 % erreicht haben. Das bedeutet, dass das 1.1-Fache eines Jahressteueraufkommens benötigt wird, um die Nettoschuld abzutragen zu können.
- 1.2.16 Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt auf, welcher Teil der Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert werden kann. Der Richtwert liegt hier bei 80 % und höher, langfristig bei 100 %. Liegt der Wert unter 100 %, muss Fremdkapital zur Finanzierung der Investitionen beschafft werden. Die Planzahlen der Selbstfinanzierungsgrade liegen zwischen Null und minus 26 % und sind somit deutlich unter den Zielvorgaben. Ohne Gegenmassnahmen wird die Verschuldung somit sehr schnell ansteigen.
- 1.2.17 Die finanzielle Situation der Stadt Grenchen bleibt mit diesen Planzahlen angespannt, insbesondere der Anstieg der Verschuldung bleibt die grösste Herausforderung. Wegen der hohen geplanten Investitionen wird die Verschuldung weiter zunehmen. Darum muss das Ziel sein, dass das Eigenkapital gehalten werden kann, sprich die Jahresrechnungen auf operativer Stufe jeweils mindestens ausgeglichen oder mit einem Ertragsüberschuss abschliessen können und die Verschuldung nicht in kürzester Zeit massiv ansteigt. Das bedeutet auch deutlich kleinere Investitionen für die Zukunft.
- 1.3 COCKPIT Gemeinderat:
- 1.3.1 Das Cockpit Gemeinderat wird dieses Jahr zum ersten Mal dem Gemeinderat abgegeben. Es zeigt die Entwicklung
- der Selbstfinanzierungsgrade in %
  - der kumulierten Nettoverschuldung pro Einwohner in Franken
  - des gewichteten Nettoverschuldungsquotients in %, und
  - des Eigenkapitals in Franken
- für das Budget 2026 und die nachfolgenden 4 Planjahre 2027 bis 2030 auf.
- 1.3.2 Es zeigt klar auf, dass die Nettoverschuldung rasch von ‚gut‘ auf ‚genügend‘ - also auf orange Ampeln - wechselt und ab 2030 bereits die rote Ampel aufleuchtet. Auch beim Nettoverschuldungsquotient und beim Eigenkapital werden die Ampeln ab 2029 orange und ab 2030 rot.
- 1.3.3 Das zeigt klar und deutlich auf, dass weitere Massnahmen erforderlich sind:
- Aufgrund der aktuellen Finanzaufgaben müssen die Investitionen im Finanzplan auf rund 7 Mio. Franken pro Jahr gedrosselt werden. Zudem braucht es in der Erfolgsrechnung weiterhin rund 5 Mio. Franken pro Jahr, um welche die Erfolgsrechnungen verbessert werden müssen. Sei dies mit Aufwandreduktion oder mit Ertragssteigerungen.
- Nach diesen Massnahmen wären dann die Kennzahlen alle wieder im grünen Bereich. Die Verschuldung nimmt aber in der Tendenz immer noch leicht zu und das Eigenkapital ab.
- Der Fokus muss also bei den Massnahmen in der Erfolgsrechnung sein, damit weiterhin genügend Investitionen in die bestehende Infrastruktur (1. Priorität) und, wenn finanzierbar, auch in neue Projekte investiert werden kann.
- 1.4 Stadtpräsident François Scheidegger dankt dem Finanzverwalter für seine Ausführungen.

## 2 Eintreten

2.1 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Tobias Neuhaus, dankt David Baumgartner für die Präsentation mit Erläuterung und nimmt den Finanzplan zur Kenntnis. Mit Blick darauf präsentieren sich in den nächsten Jahren Aufwandsüberschüsse, die Nettoverschuldung pro Kopf steigt, der Nettoverschuldungsquotient nimmt zu und das frei verfügbare Kapital nimmt ab. Das Cockpit hilft dem Gemeinderat, die Übersicht zu behalten, damit man Massnahmen ergreift, um den städtischen Finanzhaushalt zu stabilisieren. Als jemand, dem die ehrenvolle und verpflichtende Aufgabe zukommt, an den GRK-Budgetsitzungen teilzunehmen, ist er dankbar für das Cockpit. Er betont an dieser Stelle, dass alle hier im Rat ihr Bestes geben, um zur Stabilisierung der Finanzen beizutragen.

2.2 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt, dass David Baumgartner den Finanzplan in der SP-Fraktion vorgestellt und die Fragen beantwortet hat. Der Finanzplan verdeutlicht die schwierige Entwicklung der lokalen Wirtschaft. Die Politik trägt hier eine besondere Verantwortung. Finanzplan und Cockpit sind zentrale Instrumente für den Gemeinderat. In den kommenden Jahren gilt es, Investitionen umsichtig und mit Bedacht zu tätigen. Es ist ein Kostenanstieg in der Alterspflege und im Sozialbereich zu verzeichnen. Massnahmen in einem geplanten Sparpaket dürfen nicht ausschliesslich über Ausgabenkürzungen gesteuert werden. Die finanzielle Entwicklung muss über die Jahre hinweg auch durch zusätzliche Erträge - sprich Steuereinnahmen - abgesichert werden. Es darf nicht passieren, dass die Last allein auf den Schultern der sozial Schwächeren sowie von Bildung und Kultur ausgetragen wird.

Eintreten wird beschlossen.

## 3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

## 4 Eintreten

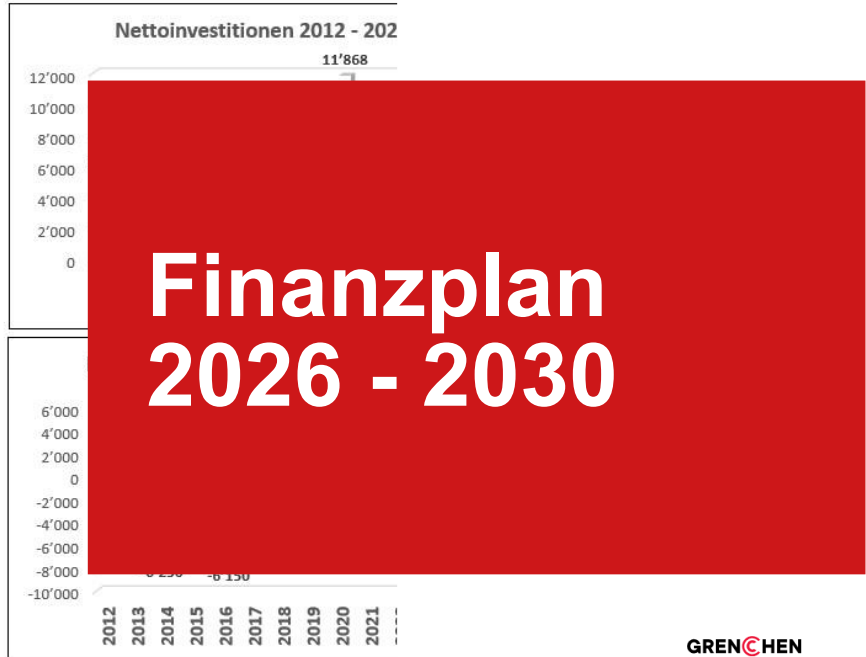
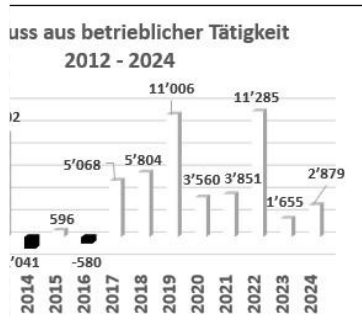
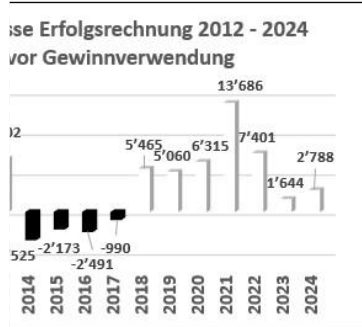
4.1 Der Finanzplan 2026-2030 wird genehmigt.

**Vollzug:** FV

**Beilage:** Präsentation (10 Folien)

FV  
BD

9.2.3 / acs



### Allgemeine Vorgaben

Tabelle A1

allgemein Ausgangsjahr	Rechnung		Budget	Prognose				Bemerkungen
	2024	Budget 2025	Budget 2026	2027	2028	2029	2030	
Teuerung Personalaufwand und Verwaltung (%)	-	-	0.50%	1.00%	1.00%	1.00%	1.00%	1) Beantragt von Personalverband 0.8%
Teuerung Personalaufwand und Lehrerschaft (%)	-	-	0.00%	1.00%	1.00%	1.00%	1.00%	1) Stand Juli 2025, GAV gekündigt per '26, bleibt aber gültig bis neu verhandelt
Teuerung Sachaufwand (%)	-	-	0.00%	1.00%	1.00%	1.00%	1.00%	2)
Steuern zu Vorjahr (%)	-	-	0.00%	1.00%	1.00%	1.00%	1.00%	3)
Steuerfuss natürliche Personen (%)	117.0%	114.9%	116.9%	116.9%	116.9%	116.9%	116.9%	3)
Steuerfuss juristische Personen (%)	120%	120%	130%	130%	130%	130%	130%	3)
Abschreibungssatz durchschn. (%)	5.80%	5.36%	4.21%	4.31%	4.03%	3.81%	3.54%	nur zur Statistik
Zinssatz (%)	-	0.99%	1.00%	1.00%	1.00%	1.00%	1.00%	SNB-Leitzins 0.00% EZB-Leitzins 2.00% US FED Leitzins 4.00 - 4.25% Stand Oktober 2025
Einwohner (Anzahl)	18700	18850	19300	19600	19800	20000	20200	3)

## Prognose der Erfolgsrechnung 3-stufig gesamt

Alle Beträge in Tausend CHF		Rechnung		Budget		Prognose		
Jahr		2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
30	Personalaufwand	47'239	49'177	49'502	50'397	51'198	52'007	52'824
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'379	15'073	14'293	14'409	14'542	14'676	14'811
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	4'886	4'998	4'216	4'530	4'528	4'442	4'289
35	Einlagen in Fonds und SF	1'306	265	153	260	160	105	91
36	Transferaufwand	53'757	52'040	54'030	54'570	55'116	55'667	56'224
39	Interne Verrechnungen	10'238	9'809	8'790	8'878	8'967	9'056	9'147
	<b>Total betrieblicher Aufwand</b>	<b>132'805</b>	<b>131'362</b>	<b>130'984</b>	<b>133'045</b>	<b>134'510</b>	<b>135'954</b>	<b>137'386</b>
40	Fiskalertrag	62'704	55'675	57'235	57'541	58'611	59'696	60'797
41	Regalien und Konzessionen	1'452	1'602	1'600	1'616	1'632	1'648	1'665
42	Entgelte	14'919	17'535	15'088	15'505	15'614	15'723	15'834
43	Verschiedene Erträge	780	541	472	550	520	530	550
45	Entnahmen aus Fonds und SF	814	300	735	0	0	0	52
46	Transferertrag	42'154	38'208	39'456	39'777	38'498	38'823	39'152
49	Interne Verrechnungen	10'238	9'809	8'790	8'878	8'967	9'056	9'147
	Einmalige, nicht zuweisbare Erträge	0	0	0	0	0	0	0
	<b>Total betrieblicher Ertrag</b>	<b>133'061</b>	<b>123'670</b>	<b>123'376</b>	<b>123'868</b>	<b>123'842</b>	<b>125'478</b>	<b>127'197</b>
	<b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>256</b>	<b>-7'692</b>	<b>-7'608</b>	<b>-9'177</b>	<b>-10'668</b>	<b>-10'476</b>	<b>-10'188</b>

GRENCHEN

## Prognose der Erfolgsrechnung 3-stufig gesamt

Alle Beträge in Tausend CHF		Rechnung		Budget		Prognose		
Jahr		2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
	<b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>256</b>	<b>-7'692</b>	<b>-7'608</b>	<b>-9'177</b>	<b>-10'668</b>	<b>-10'476</b>	<b>-10'188</b>
34	Finanzaufwand	2'053	1'621	1'684	2'153	2'382	2'598	2'811
44	Finanzertrag	7'030	5'059	5'605	5'661	5'718	5'775	5'833
	<b>Ergebnis aus Finanzierung</b>	<b>4'977</b>	<b>3'438</b>	<b>3'921</b>	<b>3'508</b>	<b>3'336</b>	<b>3'177</b>	<b>3'021</b>
	<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>5'233</b>	<b>-4'254</b>	<b>-3'687</b>	<b>-5'669</b>	<b>-7'332</b>	<b>-7'298</b>	<b>-7'167</b>
38	Ausserordentlicher Aufwand	80	0	0	0	0	0	0
48	Ausserordentlicher Ertrag	5'073	4'992	219	650	650	650	650
	<b>Ausserordentliches Ergebnis</b>	<b>4'993</b>	<b>4'992</b>	<b>219</b>	<b>650</b>	<b>650</b>	<b>650</b>	<b>650</b>
	<b>Jahresergebnis Erfolgsrechnung</b>	<b>10'226</b>	<b>738</b>	<b>-3'468</b>	<b>-5'019</b>	<b>-6'682</b>	<b>-6'648</b>	<b>-6'517</b>
	<b>Ertragsüberschuss (+), Aufwandüberschuss (-)</b>							

GRENCHEN



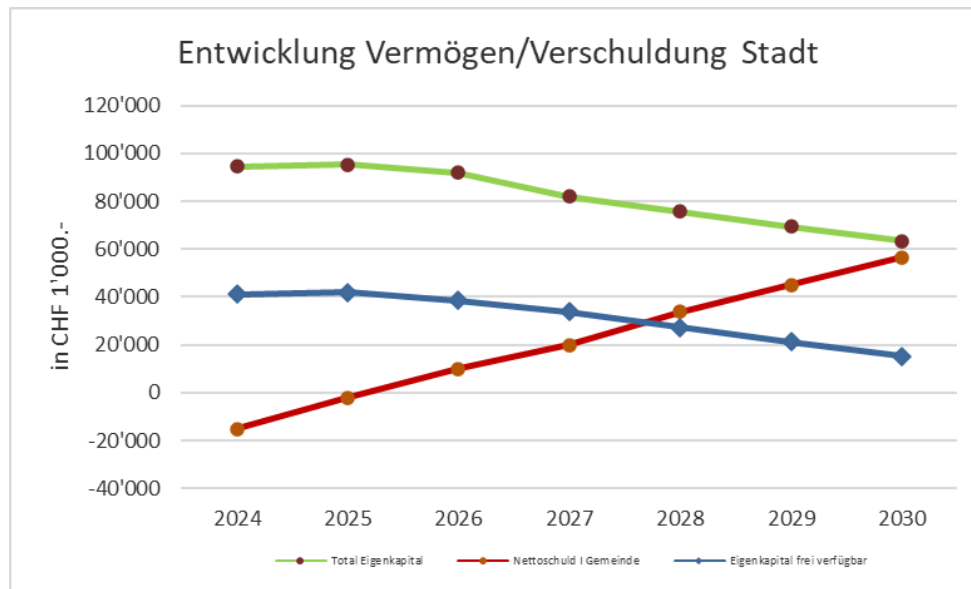
## Finanzierung Gesamthaushalt

gesamt								
Alle Beträge in Tausend CHF		Rechnung	Budget	Budget	Prognose			
Jahr		2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Allgemein		-3'499	-12'685	-11'355	-9'683	-12'199	-11'184	-10'720
Wasserversorgung		0	0	0	0	0	0	0
Abwasserbeseitigung		872	-427	-472	-533	-1'925	-645	-1'255
Abfallentsorgung		-263	-136	-145	170	-236	157	150
<b>Gesamtfinanzierung</b>		<b>-2'890</b>	<b>-13'248</b>	<b>-11'972</b>	<b>-10'046</b>	<b>-14'361</b>	<b>-11'672</b>	<b>-11'826</b>

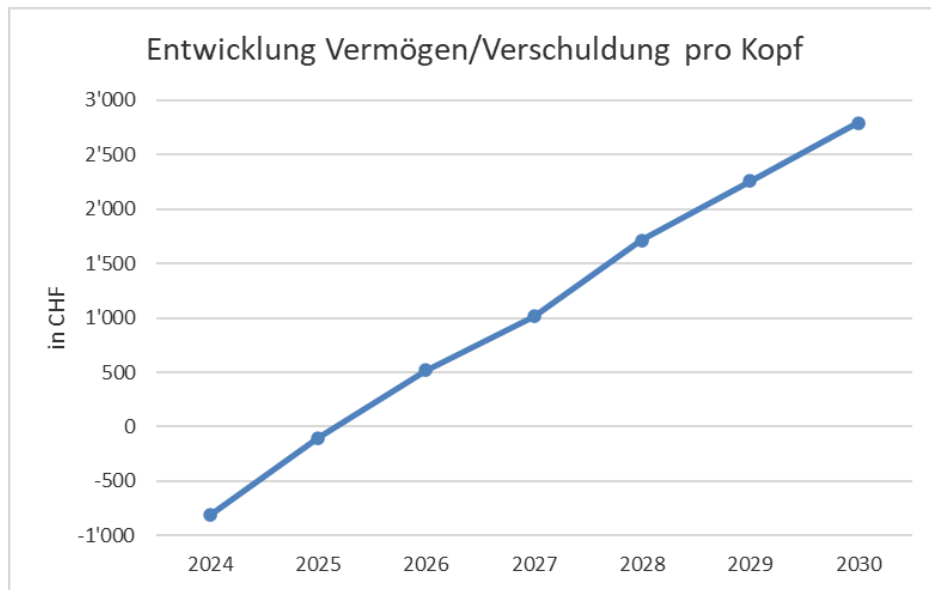
## Netto-Investitionen

Alle Beträge in Tausend CHF		Rechnung	Budget	Budget				
Jahr		2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Nettoinvestitionen (steuerfinanziert)	▲	13'038	12'731	10'707	7'896	8'675	7'590	7'075
Nettoinvestitionen (gebührenfinanziert)	▲	460	1'260	1'210	1'270	3'040	1'330	1'910
<b>Nettoinvestitionen Gesamthaushalt</b>		<b>13'498</b>	<b>13'991</b>	<b>11'917</b>	<b>9'166</b>	<b>11'715</b>	<b>8'920</b>	<b>8'985</b>

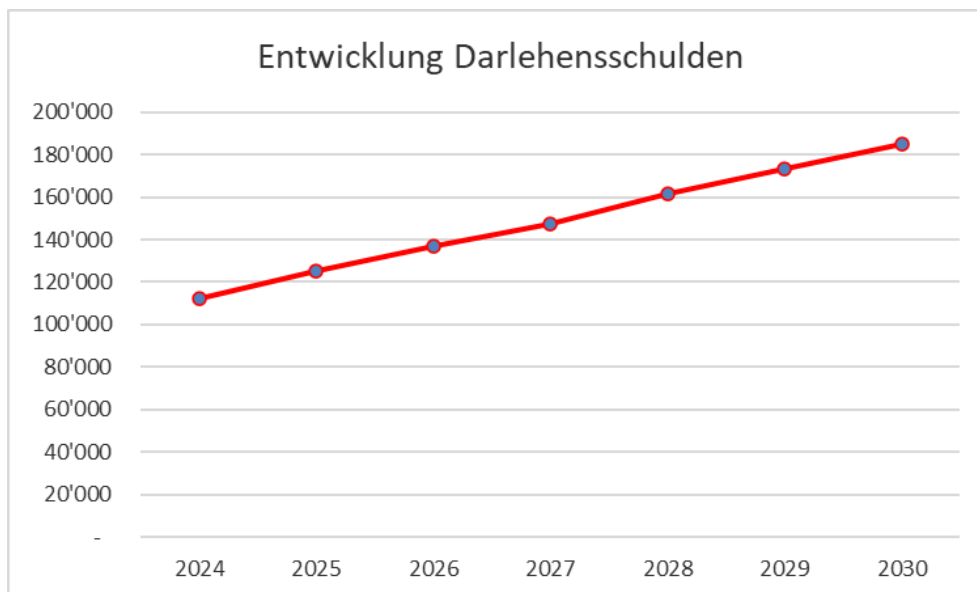
GRENCHEN



GRENCHEN



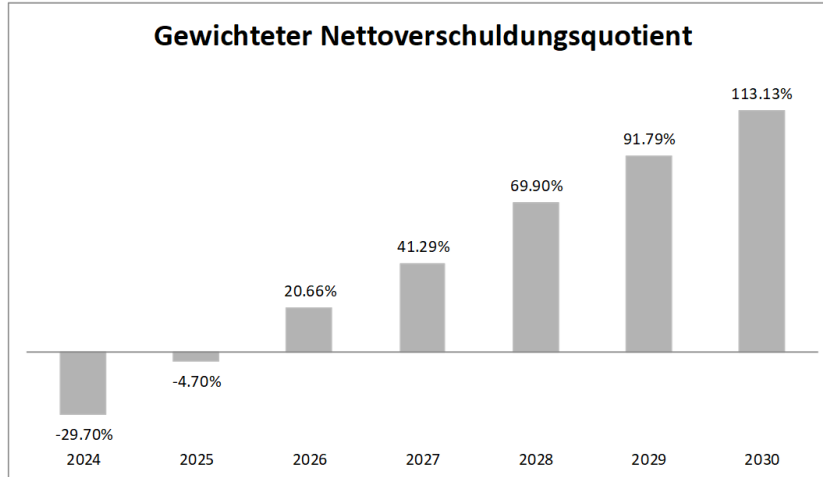
GRENCHEM



GRENCHEM

**Kennzahl**  
**Gewichteter Nettoverschuldungsquotient**

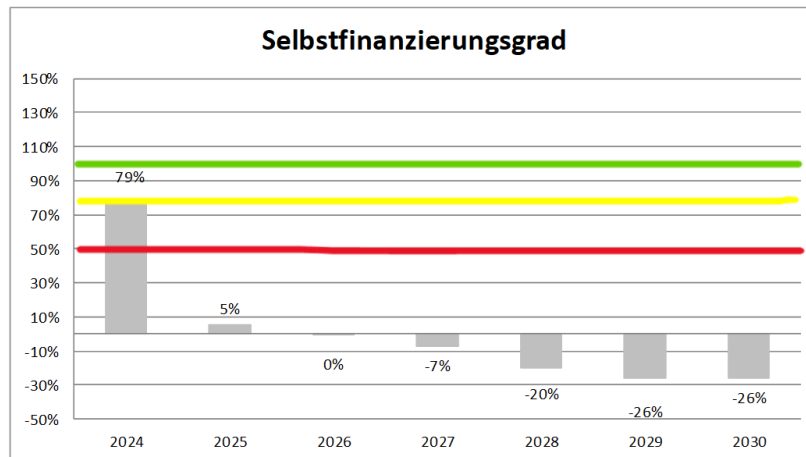
Richtwerte	
< 100%	gut
100%-150%	genügend
>150%	schlecht



GRENCHEN

**Kennzahl**  
**Selbstfinanzierungsgrad**

Richtwerte	
> 100%	mittel-/langfristig anzustreben
80%-100%	verantwortbare Neuverschuldung
50%-80%	problematische Neuverschuldung
< 50%	grosse Neuverschuldung



GRENCHEN

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

**Kehrichtgebühren 2026**

Vorlage: BAPLUKB 53/22.09.2025

**1 Erläuterungen zum Eintreten**

1.1 Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen

**2 Eintreten**

2.1 Gemeinderat Konrad Schleiss dankt der Baudirektion für die Vorlage, die in der BAPLUK beraten wurde. Dabei wurde festgestellt, dass der Fokus aktuell fast ausschliesslich auf der Finanzierung liegt, während mögliche Kostensenkungen nicht geprüft wurden. Es ist unbestritten, dass eine Spezialfinanzierung eine ausgeglichene Rechnung erfordert. Allerdings gibt es zwei Wege, dies zu erreichen: mehr Mittel bereitstellen oder weniger ausgeben. Er erinnert daran, dass er bereits bei der Rechnung 2024 darauf hingewiesen hat, dass vor einer Gebührenerhöhung zuerst Sparpotenziale aufgezeigt werden müssen. Der Gemeinderat hat gegenüber der Bevölkerung eine Verpflichtung, an der er festhalten möchte. Wenn in einem Bereich höhere Kosten entstehen, als man tragen kann, ist die Lösung nicht einfach, mehr Geld zu verlangen, vielmehr muss geprüft werden, ob sich Ausgaben reduzieren lassen. Die Teuerung macht nur etwa die Hälfte der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung aus. Deshalb sollte man zunächst die Kostenstruktur überprüfen und Einsparmöglichkeiten identifizieren, bevor Gebühren erhöht werden. Andernfalls besteht das Risiko, dass nach einer Erhöhung keine weiteren Massnahmen folgen. Die FDP-Fraktion lehnt die Anpassung der Kehrichtgebühren ab und fordert, dass vor einer Erhöhung zuerst Sparmöglichkeiten aufgezeigt werden. Wenn sich am Ende herausstellt, dass keine Einsparungen möglich sind, kann eine Anpassung erfolgen.

2.2 Laugt Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist die Mitte-Fraktion erstaunt, dass die Grundgebühr zuletzt vor 20 Jahren angepasst wurde und damals sogar um 6.5 % gesenkt werden konnte. Bekanntermassen muss eine Spezialfinanzierung kostendeckend sein, was jedoch seit längerer Zeit nicht mehr der Fall ist. Daher unterstützt die Mitte die vorgeschlagene Anpassung der Kehrichtgebühr und wird dieser zustimmen. An Konrad Schleiss richtet er die Frage, wo er konkrete Sparmöglichkeiten sieht. Auf den ersten Blick erkennt er selbst keine, räumt jedoch ein, dass er sich nicht vertieft mit der Materie befasst hat.

2.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, vertritt eine andere Haltung als die Mitte-Fraktion, und lehnt eine Gebührenerhöhung ab, da in der Vorlage eine Übersicht fehlt, welche Einsparpotenziale bestehen. Er stellt daher den Antrag, die Vorlage zurückzuweisen. Die Baudirektion soll konkrete Sparmassnahmen aufzeigen, um die Ausgabenseite zu optimieren, anstatt ausschliesslich über höhere Einnahmen zu steuern.

- 2.4 Laut Gemeinderat Elia Marti wurde die Vorlage in der SP-Fraktion rasch behandelt. Gemäss dem Reglement über die Abfallentsorgung ist der Gemeinderat beauftragt, *gestützt auf die Abfallrechnung mindestens alle zwei Jahre die Höhe der Gebühren zu überprüfen und diese den neuen Gegebenheiten anzupassen* (siehe § 11 Abs. 2). Die Rechnung ist seit Jahren defizitär. Aus Sicht der SP sind die Anträge der Verwaltung daher stimmig und nachvollziehbar. Es ist Zeit, dass die Abfallentsorgung wieder kostendeckend wird. Die SP hat zudem eine Frage zur Entsorgung von Kunststoffabfällen: Im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung kam die Idee einer Plastiksammlung auf. Bei der Schlunegger AG können bereits Säcke für die Plastiksammlung bezogen werden, um Kunststoff sachgerecht zu entsorgen und Recycling zu ermöglichen. Diese Möglichkeit ist jedoch noch wenig bekannt. Um eine nachhaltige Entsorgung zu fördern, regt die SP an, dass die Verantwortlichen prüfen, ob eine Plastiksammlung in den Abholdienst integriert werden könnte. Der Gebührenerhöhung wird die SP zustimmen.
- 2.5 Roland Goetschi, Ersatz-Gemeinderat, erklärt, dass die neuen Kehrrichtgebühren gut begründet und verständlich sind. Seit über zwanzig Jahren wurden die Gebühren nicht mehr angepasst, obwohl die Kosten für Entsorgung, Transport und Energie gestiegen sind. Mit dieser Anpassung werden die Kosten wieder gedeckt - so, wie es das Gesetz verlangt. Es geht nicht um neue Einnahmen, sondern einfach darum, dass die Entsorgung kostendeckend bleibt. Die GLP unterstützt diesen Vorschlag und dankt der Verwaltung für die gute Arbeit.
- Eintreten wird beschlossen.
- 2.6 Stadtpräsident François Scheidegger stellt fest, dass ein Rückweisungsantrag der FDP, unterstützt durch die SVP, vorliegt und stellt diesen zur Diskussion.
- 2.7 Ivo von Büren betont, dass konkrete Sparmassnahmen in die Vorlage integriert werden sollen, um aufzuzeigen, wo und wie Einsparungen möglich sind. Hier gibt es Mittel und Wege.
- 2.8 Gemeinderat Konrad Schleiss nimmt Bezug auf das Votum von Matthias Meier-Moreno. Er betont, dass er sein ganzes Berufsleben im Abfallbereich gearbeitet hat und dadurch viele Rechnungen aus einer anderen Perspektive betrachtet. Bei der aktuellen Vorlage wurde ausschliesslich die Finanzseite beleuchtet, weder die Abfallrechnung noch das Abfallreglement wurden detailliert analysiert. Er plädiert dafür, die Thematik nochmals umfassend zu prüfen und als strategisches Organ zu entscheiden, wie man künftig vorgehen will. Er erinnert daran, dass vor rund zehn Jahren die Glassammlung abgeschafft werden sollte, was durch eine Aktion an der Gemeindeversammlung verhindert wurde. So kann man nicht sparen. Für ihn ist klar: Bevor zusätzliche Einnahmen beschlossen werden, müssen die Ausgaben geprüft und Sparpotenziale identifiziert werden. Diese Prüfung hat bisher nicht stattgefunden. Deshalb kann er die Vorlage in der aktuellen Form nicht unterstützen.
- 2.9 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt, dass er mit FDP und SVP einig ist, dass der Gemeinderat Verantwortung übernehmen und Sparpotenziale prüfen soll. Er gibt jedoch zwei Punkte zu bedenken: Erstens liegt die letzte Anpassung 20 Jahre zurück. Inflation und Energiekosten sind Realität und dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden. Es ist nachvollziehbar, wenn man sagt, dass zuerst gespart werden soll. Zweitens war bei der Stadtpräsidiumswahl der Sauberkeitsgrad in der Stadt ein grosses Thema. Er kann bestätigen, dass dies tatsächlich ein Problem ist: Der öffentliche Raum in Grenchen ist oft verschmutzt. Er ist überzeugt, dass die Baudirektion bereits mit Sparmassnahmen kämpft, denn Reinigung ist ressourcenintensiv.

Wenn er sieht, was am Sonntag rund um den Bahnhof los ist, bricht ihm das Herz. Viele Touristen kommen vom Berg und sehen den Zustand des Bahnhofplatzes und der angrenzenden Bushaltestelle. Es wäre wünschenswert, wenn dort sonntags gereinigt würde, was aus Kostengründen wohl nicht möglich ist. Wenn jetzt verlangt wird, dass noch mehr gespart wird, kann man sicher sein, dass alles, was zusätzliche Reinigungen betrifft, in den nächsten Monaten und Jahren unter dem Aspekt «Wir müssen sparen» abgelehnt wird. Der Gemeinderat soll sich gut überlegen, was er hier anrichtet. Aus Sicht der SP - sie schliesst sich hier der Mitte und der GLP an - ist die Erhöhung in dieser Form absolut normal.

- 2.10 Gemeinderat Richard Aschberger möchte wissen, was man verliert, wenn das Geschäft erst in einem Monat behandelt wird. Wenn keine Potenziale bestehen, kann die Vorlage unverändert übernommen werden. Sollten jedoch Einsparmöglichkeiten gefunden werden, müssten diese berücksichtigt werden. Wenn der Präsident der Bau-, Planungs- und Umweltkommission als Fachspezialist sagt, dass Potenzial vorhanden ist, sollte man diese Chance nutzen. Auf dem regionalen und interregionalen Markt hat Abfall je nach Art einen gewissen Wert. Es sollte geprüft werden, ob Grenchen für brennbaren Abfall im Vergleich zu anderen Gemeinden angemessen entschädigt wird, möglicherweise liegt hier ein Potenzial. Er regt an, dies nochmals zu prüfen. Gibt es keine Änderungen, wird es keine grossen Diskussionen geben. Aber wenn man vorhandenes Potenzial nicht nutzt, ist man selbst schuld.
- 2.11 Matthias Meier-Moreno möchte von Stadtbaumeister Aquil Briggen wissen, ob er Potenzial sieht. Es bringt nichts, einen Prüfungsauftrag zu erteilen, wenn die Baudirektion der Meinung ist, dass «kein Fleisch am Knochen» ist.
- 2.12 Stadtbaumeister Aquil Briggen betont, dass die Prüfung erfolgen wird. Er hat zwei, drei Ideen im Kopf, muss jedoch deren Potenzial bewerten. Zudem wird er mit dem Werkhof sprechen, um weitere Möglichkeiten zu klären. Es ist jedoch sicher nicht realistisch, die gesamte Erhöhung einzusparen. Das sieht er klar nicht. Die Ideen müssen mit konkreten Frankenbeträgen untermauert werden. Anschliessend wird er eine überarbeitete Vorlage vorlegen.
- 2.13 Daniel Hafner befürchtet, dass weitere Sparmassnahmen als Vorwand dienen könnten, noch weniger Einsätze in der Strassenreinigung durchzuführen.
- 2.14 Aquil Briggen erklärt, dass im Werkhof zwei Angestellte die Abfallbehälter kontinuierlich leeren. Im Sommer übernehmen sie diese Aufgabe auch an Wochenende an stark frequentierten Orten, wie beispielsweise entlang der Aare. Die Baudirektion hat eine Vorlage für zwei zusätzliche Stellen ausgearbeitet, die jedoch im Budget 2026 nicht berücksichtigt wurden.
- 2.15 François Scheidegger erwidert, dass man auf dieses Geschäft wieder zurückkommen wird. Es war ein Auftrag von ihm.

*Der Antrag auf Rückweisung der FDP, unterstützt durch die SVP, wird mit 9 : 3 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, gutgeheissen.*

Es ergeht folgender

### 3 Beschluss

- 3.1 Das Geschäft wird zurückgewiesen.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD (ZD, LV, HB, WH, TB)  
FV  
K. Ulber (Reglemente)

7.2.0.0 / acs

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2343*

## **Teuerungsanpassung 2026**

Vorlage: PA/05.09.2025

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
  - 1.1 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 2 Eintreten
  - 2.1 Gemeinderat Richard Aschberger weist darauf hin, dass die Teuerung seit 2024 rückläufig ist und praktisch bei null liegt. Beim grossen Warenkorb beträgt sie aktuell rund 0.2 Prozent. Die beantragten 0.8 Prozent des Personalrats sind daher überholt. Aus Sicht der SVP-Fraktion rechtfertigt die aktuelle Lage auch die vom Personalamt vorgeschlagenen 0.5 Prozent nicht - insbesondere im Hinblick auf das Budget 2026. Für das Jahr 2026 beantragt die SVP deshalb einen Teuerungsausgleich von 0.0 Prozent. Man sollte jetzt nicht übersteuern, sondern sich ein Jahr Zeit nehmen und die Entwicklung beobachten. Wie sich die Situation entwickelt, ist derzeit unklar. Bei den Zinsen ist je nach Bereich und Volumen bereits wieder ein negativer Bereich erreicht.
  - 2.2 Wie Gemeinderat Andreas Saladin ausführt, erkennt die SP-Fraktion die schwierige finanzielle Situation der Stadt ebenfalls an, möchte aber dennoch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Personal setzen. Die offizielle Teuerung liegt aktuell bei 0.2 Prozent - doch das spiegelt nicht die ganze Realität wider. In den vergangenen Jahren sind die Reallöhne gesunken, während die Lebenshaltungskosten, insbesondere Mieten und Krankenkassenprämien, deutlich gestiegen sind. Daher wäre der Antrag des Personalrats von 0.8 Prozent durchaus gerechtfertigt gewesen. Gleichzeitig muss der finanziellen Lage der Stadt Rechnung getragen werden, ohne die Attraktivität der städtischen Arbeitsplätze zu gefährden. Aus diesem Grund hält die SP den Kompromiss von 0.5 Prozent für fair und verantwortungsvoll. Sie stimmt dem Antrag zu und bedankt sich beim Gemeindepersonal für die wertvolle Arbeit, die es Tag für Tag leistet.
  - 2.3 Laut Roland Goetschi, Ersatz-Gemeinderat, ist die vorgeschlagene Teuerungsanpassung von 0.5 Prozent für die GLP eine vernünftige und faire Lösung. Der Antrag des Personalrats von 0.8 Prozent ist gut nachvollziehbar - die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, und viele Mitarbeitende spüren das deutlich. Gleichzeitig ist allen bewusst, dass die finanzielle Lage der Stadt angespannt ist. Darum braucht es eine Lösung, die beidem gerecht wird: den Menschen, die hier arbeiten, und der Verantwortung für ein stabiles Budget. Mit den 0.5 Prozent gelingt genau das. Es ist ein Zeichen der Anerkennung für die Arbeit der Mitarbeitenden und trotzdem massvoll und tragbar.



Eine Nullrunde hingegen wäre das falsche Signal gewesen. Denn wer Engagement und Qualität erwartet, soll auch zeigen, dass diese Leistung geschätzt wird. Die GLP unterstützt darum den vorliegenden Vorschlag und dankt der Verwaltung für die faire und ausgewogene Vorlage.

- 2.4 Gemäss Gemeinderat Andreas Dysli unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag auf 0.5 Prozent. Zwar spiegelt die aktuelle Situation dies nicht vollständig wider, dennoch betrachtet die Fraktion den Vorschlag als guten Kompromiss. Sie teilt die Auffassung, dass die Erhöhung teils Ausdruck der Anerkennung für die geleistete Arbeit ist, zugleich aber auch eine Forderung für die zukünftigen Leistungen der Mitarbeitenden darstellt. Ein Wert von 0.8 Prozent wäre aus Sicht der FDP klar zu hoch gewesen, die 0.5 Prozent sind hingegen vertretbar. Offen bleibt die Frage, wie sich die Situation im nächsten Jahr entwickelt. Die heutige Kulanz wird dann berücksichtigt werden müssen. In diesem Sinne wird die FDP dem Antrag so zustimmen.
- 2.5 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, ist der Auffassung, dass die 0.5 Prozent im Sinne der Mitarbeitenden angemessen sind. Das erscheint fair und ausgewogen. Sie wird dem Antrag zustimmen.
- 2.6 Richard Aschberger ergänzt, dass gewisse Mitarbeitende im Rahmen der Beförderungsrunde 2026 bei guter Leistung in den Genuss von Lohnklassen- und Stufenanstiegen kommen. Zudem erhalten alle in Grenchen wohnhaften öffentlich-rechtlichen Angestellten weiterhin die Wohnsitzzulage. Es ist also nicht so, dass sich für alle gar nichts verändert. Ein Lohnvergleich mit der Privatwirtschaft zeigt, dass das Personal der Stadt auch bei einer Nullrunde nicht schlecht gestellt ist.
- 2.7 Esther Müller-Cernoch präzisiert, dass die regulären Beförderungen etwa ein Drittel des Personals betreffen. Diese Mitarbeitenden erhalten auch ohne Teuerung eine Lohnerhöhung. Der Kanton und viele Städte haben sich noch nicht entschieden; die meisten werden das Thema erst im November oder im Laufe des Dezembers 2025 behandeln.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

#### 3.1 Antrag und Beschlussesentwurf

*Der Hauptantrag gemäss Vorlage (0.5 %) obsiegt gegenüber dem Antrag der SVP (0.0 %) mit 10 : 5 Stimmen.*

Es ergeht folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Die Löhne des Verwaltungspersonals werden per 1. Januar 2026 um 0.5 % angepasst (Teuerungszulage).

**Vollzug:** PA

PA  
FV  
Personalrat, K. Delaquis, Präsident

0.2.2 / acs

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2344*

## **Budget 2026: Genehmigung des Budgets sowie Festlegung des Steuerfusses, der Personalsteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe**

Vorlagen: Budget 2026 für den Gemeinderat  
Vorlagen der Verwaltungsabteilungen

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Finanzverwalter David Baumgartner wurde der Budgetprozess 2026 analog den Vorjahren umgesetzt. Das vorliegende Budget wurde anlässlich der Budgetberatungen zuhanden des Gemeinderats verabschiedet.

Seit dem Druck des vorliegenden Budgets 2026 sind noch 3 Budgeteingaben eingegangen. Gesamthaft belasten diese das Budget 2026 zusätzlich mit 97'500 Franken. Das Defizit erhöht sich damit auf 3.565 Mio. Franken.

Dies vorab als Zusatzinformation. Die verschickten Budgetunterlagen basieren noch auf den alten Zahlen, vor der Mutationsliste. Seine jetzige Budgetpräsentation basiert noch auf den alten Zahlen, die dem Gemeinderat vorliegen. Zuhanden der Gemeindeversammlung werden die Mutationen und alle Beschlüsse, die der Gemeinderat heute noch beschliesst, im Budget aufgenommen.

Für das Jahr 2026 wurde beim Verwaltungspersonal mit einer Teuerung bei den Löhnen von 0.5 % gerechnet. Aktuell liegt die Teuerung bei ca. 0.2 %. Bei den Lehrpersonen wurde mit 0 % gerechnet bzw. der Kanton entscheidet erst im November 2025 über die Teuerung. Für das Verwaltungspersonal wird gemäss geltender Personalordnung § 26 der Gemeinderat heute beschliessen, in welchem Umfang die Löhne per 1. Januar 2026 an den Stand des Landesindex der Konsumentenpreisen angepasst werden. Die Teuerung für die Lehrpersonen wird gemäss GAV vom Kanton festgelegt. Der Regierungsrat hat den GAV gekündigt. Nach der Kündigung des GAV gilt eine Status-Quo-Phase bis zur Erarbeitung einer neuen Vereinbarung mit den Lehrpersonen.

Der Sachaufwand zeigt für das Budget keine Teuerung, da diese bereits in den Budgeteingaben eingerechnet wurde.

Entsprechend wird beim Steuersubstrat ebenfalls von einer leicht höheren Zunahme ausgegangen. Solange der Kanton die kalte Progression nicht ausgleicht, wirkt sich die Teuerung positiv auf die Steuererträge aus. Die Fremdkapitalzinsen nehmen tendenziell eher minim zu. Die Zinsenlast nimmt daher aufgrund der sehr hohen Investitionsvorhaben zu. Dank der bestehenden Darlehensverhältnissen mit längeren Laufzeiten und tieferen Zinsen steigt die Zinskurve nicht noch stärker an.

## 1.1.1 Steuern

Die Steuerfüsse sollen bei den natürlichen Personen von 114.9 % um 2 % auf neu 116.9 % angehoben werden. Bei den juristischen Personen soll der Steuerfuss um 10 % von 120 % auf neu 130 % angehoben werden.

Die Personalsteuern sollen von aktuell 50 Franken pro Person auf neu 80 Franken pro Person angehoben werden.

Die Feuerwehr-Ersatzabgabe bleibt unverändert bei 10 % der einfachen Staatssteuer.

## 1.1.2 Gebühren

Die Gebühren für Abwasser und Abfall bleiben unverändert. Aufgrund der Unterdeckung im Abfallfonds sind per Budget 2026 entweder Massnahmen zur Kostensenkung einzuleiten oder eine Gebührenanpassung ist vorzunehmen.

Die Gebühren für Abwasser bleiben unverändert. Aufgrund der Unterdeckung im Abfallfonds sind per Budget 2026 entweder Massnahmen zur Kostensenkung einzuleiten oder eine Gebührenanpassung ist vorzunehmen (siehe Traktandum 3 «Kehrichtgebühren 2026» der GR-Sitzung vom 28.10.2025).

## 1.2 Die Ergebnisse des Budgets 2026 präsentieren sich zusammengefasst wie folgt:

### 1.2.1 Erfolgsrechnung

- Der Aufwand aus betrieblicher Tätigkeit beträgt 131 Mio. Franken und der Ertrag aus betrieblicher Tätigkeit beträgt 123.4 Mio. Franken. Daraus resultiert ein negatives Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von 7.6 Mio. Franken. Das Ergebnis aus Finanzierung beträgt 3.9 Mio. Franken. Somit resultiert ein negatives operatives Ergebnis von 3.7 Mio. Franken. Dieses fällt im Vergleich zum Vorjahresbudget rund 0.5 Mio. Franken besser aus. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung beträgt rund minus 3.5 Mio. Franken.
- Die Abweichungen der Nettoergebnisse der Hauptaufgaben sind im Bericht zum Budget detailliert beschrieben. David Baumgartner erwähnt darum jetzt nur die grösseren Abweichungen.
  - Funktionsstellen «0 Allgemeine Verwaltung»: Rund 607'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Für Wahlen und Abstimmungen werden insgesamt 145'000 Franken weniger eingeplant. Die Personalkosten liegen in diversen Abteilungen um kumuliert 367'000 Franken tiefer. Der Aufwand für Strom, Gas und Wasser für die Verwaltungsliegenschaften liegt rund 105'000 Franken unter dem Vorjahr.
  - Funktionsstellen «1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit»: Rund 328'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Die Erhöhung der Feuerwehrabgabe per 2025 wird mit 330'000 Franken Mehrertrag budgetiert.
  - Funktionsstellen «2 Bildung»: Rund 609'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. In der Primarschule und der Sekundarstufe sind die Informatikkosten tiefer. Die Beiträge vom Kanton liegen um 248'000 Franken höher. Bei den Schulliegenschaften sind rund 219'000 Franken tiefere Unterhaltskosten budgetiert. Die Abschreibungen liegen rund 218'000 Franken tiefer. Die Sonderschulen werden im Rahmen der Leistungsentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden ab 2026 zu 100 % durch den Kanton finanziert.

- Funktionsstellen «3 Kultur, Sport, Freizeit»: Rund 852'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Der Minderaufwand entsteht aus allen Teilbereichen aus Kultur, Sport und Freizeit. Der Wegfall der Abschreibungen nach HRM1 und tiefere Strom- und Wasserkosten sind zwei wichtigsten Positionen.
- Funktionsstellen «4 Gesundheit»: Rund 764'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Im Bereich Alters- und Pflegeheime ist der Beitrag an die Pflegekosten 539'000 Franken höher. Der Beitrag an Spitex-Organisationen liegt um 472'000 Franken über dem Vorjahr. Der Nettoaufwand bei der Rettung Grenchen liegt rund 189'000 Franken tiefer.
- Funktionsstellen «5 Soziale Sicherheit»: Rund 1'811'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Die Ergänzungsleistungen zur AHV liegen um 825'000 Franken über dem Vorjahresbudget. Der Beitrag für Betreuungsgutscheine liegt rund 250'000 Franken und der Beitrag für das Pilotprojekt Sprachförderung liegt rund 180'000 Franken höher. 490'000 Franken stammen aus verschiedenen Konti aus dem Bereich Sozialhilfe und Asyl.
- Funktionsstellen «6 Verkehr»: Rund 611'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Die Abschreibungen liegen wegen des Wegfalls der Abschreibungen nach HRM1 insgesamt um CHF 268'000 tiefer. Der Ertrag aus Parkgebühren ist 400'000 Franken höher. Der Beitrag an den Kanton für OeV ist rund 158'000 Franken höher.
- Funktionsstellen «7 Umweltschutz und Raumordnung»: Rund 78'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Die Spezialfinanzierung Abwasser sieht einen Überschuss von 152'450 Franken vor. Dieser Betrag wird dem Fonds zugewiesen. Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung sieht einen Verlust von 246'150 Franken vor. Dieser Betrag wird dem Fonds entnommen. Die Gebühren müssen angepasst werden, da der Fonds in einer Unterdeckung ist, was nicht gestattet ist.
- Funktionsstellen «8 Volkswirtschaft»: Rund 76'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Das sind Minderausgaben bei der Kommunalen Werbung und der Standortförderung.
- Funktionsstellen «9 Finanzen (ohne Steuern)»: Rund 6'110'000 Franken unter dem Vorjahresbudget. Der grösste Wegfall ist die Auflösung der Aufwertungen Liegenschaften Finanzvermögen über CHF 5 Mio. In den letzten 5 Jahren konnten jeweils CHF 5 Mio. liquiditätsunwirksam aufgelöst werden. Weiter liegt der Beitrag aus dem Finanz- und Lastenausgleich CHF 1.6 Mio. unter dem Vorjahr. Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens ist das Nettoergebnis um 641'000 Franken besser. Der Aufwand kann hier stark schwanken, da keine Projekte mehr über die Investitionsrechnung abgerechnet werden dürfen. Der Nettoaufwand liegt rund CHF 5.5 Mio. höher als im Vorjahresbudget.
- Die Schätzung der Steuern basiert auf den Angaben des Kantons zum Veranlagungsstand und auf internen Auswertungen zum Stand der Verrechnungen. Der ungewöhnlich tiefe Veranlagungsstand von Seiten Kanton erschwert darum die Schätzung. Die Steuern der natürlichen Personen liegen wegen des anhaltenden Wachstums, der beantragten Steuererhöhung über dem Vorjahresbudget. Die Erträge aus der Quellensteuer liegen über dem Niveau des Vorjahrs. Für die Personalsteuer wird eine Erhöhung von 50 Franken auf 80 Franken beantragt.

Daher liegt der Ertrag hier wesentlich über dem Vorjahr. Die übrigen Besitz- und Aufwandsteuern (z. B. Bezug von Vorsorgegeldern) werden leicht höher als im Vorjahr budgetiert. Die Hundesteuer bewegt sich über dem Vorjahresbudget und die Grundstückgewinnsteuer liegt 300'000 Franken höher. Die Steuern der juristischen Personen liegen rund 2.3 Mio. Franken unter dem Vorjahresbudget und können jährlich stark schwanken. Hier wird ebenfalls eine Steuererhöhung beantragt.

Die Forderungsverluste auf Steuerforderungen liegen bei rund 0.83 Mio. Franken. In der Summe ergibt dies um rund 1.32 Mio. Franken höhere Steuererträge als im Vorjahresbudget.

1.2.2 Die Gesamtfinanzierung schliesst mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 11.9 Mio. Franken und ist um 1.3 Mio. Franken besser als im Budget 2025.

- Der steuerfinanzierte «allgemeine» Teil des Haushalts zeigt eine Finanzierungslücke von 11.3 Mio. Franken. Die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen betragen rund 10.7 Mio. Franken und die gebührenfinanzierten Investitionen rund 1.2 Mio. Franken.
- Die Nettoinvestitionen betragen total 11.9 Mio. Franken gegenüber fast 14 Mio. Franken im Vorjahresbudget.
- Wesentliche Investitionen sind diverse Schulraumprojekte (insbesondere die Fertigstellung der Sanierung SH Kastels mit Neubau einer DTH, und die Sanierung der Dächer im SH IV).
- Im Bereich der Strassen sind die grösseren Projekte die Veloverbindung Biel-/Moosstrasse, die Sanierung der Friedhofstrasse und die Sanierung der Fussgängerbrücke Witibach.
- Die Nettoinvestitionen bei den gebührenfinanzierten Spezialfinanzierungen sind:
  - 1.2 Mio. Franken bei der SF Abwasser. Das sind im Wesentlichen die Nachführung des GEP und die Sanierung des Moosbachkanals.
  - Bei der gebührenfinanzierten Spezialfinanzierung Abfall sind für 2026 keine Investitionen geplant.

1.2.3 Die sehr hohen Nettoinvestitionen führen zu einer Neuverschuldung von 11.9 Mio. Franken. Das entspricht einem Selbstfinanzierungsgrad 0 Prozent. Oder anders formuliert: Alle Investitionen müssen mit Fremdkapital finanziert werden! Kurzfristig kann sich die Stadt Grenchen eine so hohe Neuverschuldung leisten. Mittel- bis langfristig aber nicht. Anzustreben ist bei normaler Investitionstätigkeit ein Selbstfinanzierungsgrad von 80 Prozent und mehr.

1.3 Das Budget 2026 bestätigt die Prognose aus den Vorjahren. Die sehr grossen anstehenden Investitionen und Unterhaltsarbeiten können nicht aus den erzielten Einnahmen gedeckt werden, sondern müssen vollumfänglich aus Fremdkapital finanziert werden.

1.3.1 Aktuelle Unsicherheiten ergeben sich aufgrund der globalen Unsicherheiten, wie den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, aus dem Verhältnis zur EU und aus der wirtschaftlichen Entwicklung in China, aus der weiteren Entwicklung der Verhandlungen um die US-Zölle, aus den Energie- und Klimathemen und aus dem Fachkräftemangel.

- 1.3.2 Das finanzielle Ziel muss weiterhin ein ausgeglichener Finanzhaushalt mit einer vertretbaren Neuverschuldung sein. Die im vorliegenden Budget und auch im Finanzplan ausgewiesenen Neuverschuldungen sind zu hoch. Die hohen Investitionen im vorliegenden Budget wie auch im Finanzplan führen zu einer deutlichen Erhöhung der Verschuldung von über CHF 50 Mio. Franken in den nächsten 5 Jahren und müssen deshalb wieder auf ein verkraftbares Niveau gesenkt werden.
- 1.3.3 Das setzt einerseits positive oder zumindest ausgeglichene Rechnungsabschlüsse voraus und Investitionen, welche die Verschuldung in einer vertretbaren Höhe erlauben. Darum sollen der Aufwand und die Investitionen immer auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit bzw. Priorisierung hinterfragt und geprüft werden. Die Selbstfinanzierungen müssen deutlich gesteigert werden, sonst droht in kurzer Zeit eine hohe Verschuldung.
- 1.3.4 Die strategische Verantwortung für die Finanzen der Stadt Grenchen liegt beim Gemeinderat. Die Politik muss Ziele definieren und zusammen mit der Verwaltung die entsprechenden Massnahmen planen, umsetzen und die richtigen Weichen für die Zukunft stellen. Da auf der Aufwandseite der Grossteil der Positionen gebundener Aufwand darstellt, ist der Spielraum für Einsparungen hier begrenzt. Daher ist auch auf der Ertragsseite zu schauen, wo mögliche Ertragsverbesserungen herkommen können.
- 1.3.5 Das zeigt der Blick auf die Kennzahlen - insbesondere die Finanzierungsergebnisse - deutlich. Die bisherige Infrastruktur muss zwingend langfristig geplant werden, damit Planungssicherheit für die bestehende Infrastruktur besteht. Neue Projekte können/sollen nur noch Platz haben, wenn die finanziellen Aussichten es auch zulassen. Die Gemeinderatskommission hat daher nun ultimativ ein Unterhaltskonzept für die Hoch- und Tiefbauten in Auftrag gegeben, das Grundvoraussetzung für weitere Investitionen ist.
- 1.3.6 Der Gemeinderat ist verpflichtet, die Finanzen der Stadt Grenchen zu schützen und mit Augenmass zu investieren. Das geht definitiv nicht, ohne zu sparen, ohne zu verzichten und ohne zu priorisieren.
- 1.4 Stadtpräsident François Scheidegger dankt David Baumgartner für seine Ausführungen und dem Team der Finanzverwaltung für das Erstellen des Budgets.

## 2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemäss Gemeinderat Andreas Dysli ausführt, bedankt sich die FDP-Fraktion bei der Finanzverwaltung für die übersichtliche und detaillierte Vorbereitung des Finanzplanes sowie des Budgets 2026, aber auch bei allen Abteilungen und politischen Instanzen für die geleisteten Arbeiten, welche dem Wohl der Einwohner dienen. Es wurde sichtbar einiges umgesetzt und es wurde in den letzten Jahren viel Geld in umfangreiche Projekte (z.B. Schulhaus Kastels, Strassensanierungen, neuer Busbahnhof etc.) investiert. Die Rechnung 2025 fällt wahrscheinlich noch positiv aus, aber im Finanzplan zeigt sich in den Folgejahren unübersehbar ein negativer Trend. Die im «Cockpit» abgebildeten Jahre ab 2027 sind zwar keine ausgearbeiteten Budgets, können aber durchaus als Wegweiser betrachtet und müssen ernst genommen werden. Ein Blick in den Finanzplan zeigt klar, dass es höchste Zeit ist, Überlegungen anzustellen und Massnahmen zu treffen, um wie im «Cockpit» ersichtlich einigermassen «GUT» abzuschneiden.



Das Ziel für das Budget 2026 war, auf einen erträglichen Aufwandüberschuss von - 3.5 Mio. Franken zu gelangen; dafür mussten diverse Abstriche, vor allem auch bei Projekten im Bau, getätigt werden. Vieles sind aber Sanierungsarbeiten und müssen früher oder später realisiert werden. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Um eine Trendwende herbeizuführen, müssen Massnahmen jetzt vorangetrieben und realisiert werden. Vor 5 Jahren wurde ein strategisches Leitbild der Stadt Grenchen (Kompass) erarbeitet und anfangs der letzten Legislatur nachgeführt. Dieses Instrument soll auch in der neuen Legislatur aktualisiert und benutzt werden. Alle Abteilungen und jeder einzelne Mitarbeiter der Stadt sind dafür mitverantwortlich, dass die Kosten tief gehalten werden können und mit den Finanzen, respektive mit den Steuergeldern, haushälterisch und verantwortungsbewusst umgegangen wird. Jeder Beschaffungswunsch muss einmal mehr hinterfragt werden, im Sinne von: «Ist dies nun wirklich nötig oder gäbe es allenfalls eine günstigere Lösung?». Es braucht klare Unterhaltspläne im Hoch- und Tiefbau, eine gute Koordination mit den beteiligten Firmen und eine effiziente Umsetzung der Projekte. Somit können zukünftige Kosten besser ermittelt und budgetiert werden. Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur sind unumstritten wichtig, müssen aber richtig priorisiert und im Umfang schlank gehalten werden. Dass jetzt für Projekte und Investitionen mehr Vorlagen erstellt werden müssen, soll zu Gunsten der Transparenz geschehen und verbessert auch die Kontrolle der Kosten. Dies ist für die Abteilungen mit einem gewissen Mehraufwand verbunden, aber fördert eben die Transparenz und Bewusstsein für die zukünftigen Projekte oder Teilprojekte. In industriellen Betrieben ist es üblich, dass für Investitionen jeglicher Art detaillierte Anträge eingereicht werden müssen und nicht einfach Freibeträge budgetiert und gesprochen werden. Die bequemste Möglichkeit Arbeitslast zu reduzieren, ist, zusätzliches Personal anzustellen. Hier bieten sich Möglichkeiten, Personalkosten zu optimieren, indem die Polyvalenz im Team gefördert wird und Synergien genutzt werden. Das Bewusstsein bei allen Mitarbeitern für die finanzielle Lage und die zukünftige Entwicklung sind von grosser Bedeutung und die Abteilungsleiter sind in erster Linie dafür verantwortlich. Steuern müssen flexibel und kurzfristig angepasst werden können. Falls es die Finanzen zulassen, soll der Einwohner auch von einer Steuersenkung profitieren. Im Gegenzug sollte er aber auch akzeptieren können, falls es eine Steuererhöhung braucht. Die letzte Senkung war aufgrund der finanziellen Umstände zu jenem Zeitpunkt möglich. Wenn es zukünftig wieder eine Anhebung braucht, sollte diese auch sofort realisiert werden. Man zeigt den Einwohnern und den Firmen, dass die Politik und die Stadtverwaltung das Möglichste für einen möglichst tiefen Steuerfuss tun. Es sei an dieser Stelle noch gesagt, dass man sich mit dem aktuellen Steuerfuss gut im kantonalen Mittelfeld bewegt. Dieses Niveau soll - wenn möglich - auch so beibehalten werden. Obwohl die Anhebung des Steuerfusses zu einem «erträglichen» Aufwandüberschuss von -3.5 Mio. Franken beiträgt, lehnt die FDP-Fraktion den Antrag für die Anpassung des Steuerfusses 2026 bei den natürlichen Personen wie auch bei den juristischen Personen ab und empfiehlt, für 2026 die aktuellen Werte beizubehalten. Sie ist überzeugt, dass mit gezielten Massnahmen die Finanzen stabil gehalten und verbessert werden können. Zuerst sollen die Vorgaben im Kompass 2026 aktualisiert werden, um klare strategische Vorgaben zu haben. Je nach den Legislaturzielen, dem Resultat der Rechnung 2025 sind im Budget 2027 sind die Steuerfüsse zu hinterfragen und dann gegebenenfalls anzupassen. Den restlichen Anträgen stimmt die FDP zu.



- 2.2 Wie Gemeinderat Tobias Neuhaus ausführt, stimmt die Mitte-Fraktion allen Anträgen zum Budget 2026 zu. Die Mitte dankt der ganzen Finanzverwaltung unter der Führung von David Baumgartner für die Erläuterungen und die Beantwortung der Fragen in den Fraktionssitzungen sowie allen Abteilungsleitenden und Beteiligten für die aktiven GRK-Budgetsitzungen. Es konnten in den Gruppenberatungen engagiert über 10 Millionen CHF eingespart und Anpassungen vorgenommen werden - dennoch bleibt ein Aufwandsüberschuss von rund 3.5 Millionen CHF bestehen. Da nun die Neubewertungsreserve entfällt, ist die harte Budgetrealität für die Bevölkerung nachvollziehbarer. Auch die Verschuldung nimmt zu. Es kommen finanzpolitisch schwierigere Jahre auf die Stadt zu - die Sitzungen werden herausfordernder. Als Politiker in einem öffentlichen Amt muss man auch unpopuläre Entscheidungen treffen, dies ist persönlich eine Lehrstunde für ihn. Vorweg, die Mitte macht keine Freudesprünge dabei. Eine Anmerkung daher zum wohl wichtigsten Traktanden-Punkt der heutigen GR-Budgetsitzung - zur Steuererhöhung bei den natürlichen Personen: «Die Massnahme ist aus bürgerlicher Sicht unpopulär und contre coeur - befindet sich jedoch objektiv und sachlich betrachtet in einem vernünftig-ehrlichen Rahmen.» Die Steuererhöhung ist in der Gesamtbeurteilung als Angleichung an das Kompass-Ziel (im überparteilichen GR-Plenum wurde ein Steuerfuss von 116.9% festgelegt wurde - die 114.9 % liegen unter dem kantonalen Durchschnitt) zu verstehen und herzustellen. Wer ehrlich zu sich selbst ist wusste bereits letztes Jahr, dass der Schritt zum Kompass-Ziel früher oder eben jetzt später folgen wird. Je länger man zuwartet, desto schlimmer führt man realistischerweise Diskussionen um noch mehr Steuerpunkte, und dies wollen die Mitte nicht. In der Mitte-Fraktion gab es letztes Jahr bereits grösstenteils Stimmen, welche die umstrittene Steuersenkung von 2.1 Prozentpunkten kritisierten - das knapp angenommene Budget- Gemeindeversammlungsresultat 2024 zum Steuerfuss weist klar darauf hin (es war auch sehr knapp in der GRK und knapp im GR). Nun gilt es vernünftiger- und ehrlicherweise den überparteilich beschlossenen «Courant normal» mit dem Steuerfuss auf Kompass-Niveau herzustellen und die Budgetverantwortung als Gesamt-Gemeinderat wahrzunehmen.
- 2.3 Laut Roland Goetschi, Ersatz-Gemeinderat, bleibt die weltwirtschaftliche Lage angespannt und unberechenbar. Gerade für eine Stadt wie Grenchen, deren Wirtschaft stark industriell geprägt ist, bringt das Unsicherheiten für die kommenden Jahre mit sich. Hinzu kommen strukturelle Herausforderungen, die sich langfristig kaum vermeiden lassen - die demografische Entwicklung, steigende Sozialausgaben und der wachsende Bedarf an Bildung und Betreuung. Diese Faktoren engen den finanziellen Handlungsspielraum zunehmend ein. Der Finanzverwalter David Baumgartner hat der GLP das Budget in der Fraktionssitzung ausführlich und transparent erläutert. Dafür ein herzliches Dankeschön. Seine Erklärungen haben klar aufgezeigt, wie eng die finanziellen Rahmenbedingungen mittlerweile geworden sind. Vor diesem Hintergrund zeigt das Budget 2026 eine schwierige Ausgangslage. Die Massnahmen, die nun vorgeschlagen werden, sind Ausdruck dieser angespannten Situation. Aber eine Steuererhöhung nur ein Jahr nach einer Senkung hält die GLP nicht für den richtigen Weg. Sie würde das Vertrauen der Steuerzahlenden belasten und das eigentliche Problem - die strukturellen Kosten - nicht lösen. Stattdessen braucht es eine klare Priorisierung der Ausgaben und eine Überprüfung, wo Abläufe vereinfacht und Mittel gezielter eingesetzt werden können.

Gerade in der Digitalisierung liegen hier Chancen - beispielsweise zeigt die Einführung der staatlichen E-ID, wie digitale Lösungen Prozesse vereinfachen und langfristig Kosten senken können. Solche strukturellen Verbesserungen sind entscheidend, um finanzielle Nachhaltigkeit zu erreichen und die Stadt zukunftsfähig zu machen. Die GLP dankt der Finanzverwaltung für die sorgfältige Arbeit und nimmt das Budget 2026 mit der nötigen Ernsthaftigkeit zur Kenntnis.

- 2.4 Auch die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Richard Aschberger, zeigt sich alles andere als zufrieden mit dem Budget 2026. Als eigentliche Sparpartei betont sie, dass die Stadt seit 2019 durchgehend stabile Überschüsse erzielt hat. Vergleicht man die jeweiligen Budgets mit den Jahresrechnungen, zeigen sich teils erhebliche Abweichungen - im Schnitt rund +5 %. Zwar gab es Einmaleffekte, dennoch ist diese Differenz beachtlich. Der Budgetprozess der Stadt begann bereits im Sommer 2025. Im Vergleich zum Kanton, wo Semesterberichte eine laufende Einschätzung ermöglichen, fehlt es in Grenchen aus Sicht der SVP an Präzision. Die Weltlage hat sich weiter negativ entwickelt. Auch wenn die Situation am Jurasüdfuss kritisch erscheint, könnte sich die Lage rasch verbessern, vorausgesetzt, internationale Einigungen kommen zustande. Die SVP beurteilt das Wachstum der Steuererträge der natürlichen Personen weniger pessimistisch als im Budget dargestellt. Vergleicht man die Parameter des Kantonsbudgets 2026, zeigt sich, dass Grenchen eher am unteren Ende der Skalen rechnet - mit zusätzlicher Sicherheitsmarge. Zudem ist die Gemeindeinitiative des VSEG am Laufen, die fordert, dass die Ausschüttungen der Nationalbank-Millionen hälftig zwischen Kanton und Gemeinden geteilt werden. Auch die Volksabstimmung zur Kürzung des STAF-Ausgleichs in den Jahren 2026/27 ist relevant. In Grenchen geht es dabei um rund 0.8 Steuerprozent für zwei Jahre - ein sechsstelliger Betrag, der durch eine nachträgliche Regeländerung während des Spiels verloren ginge. Ab dem 1. Januar 2026 übernimmt ein neues Stadtoberhaupt. Die Stelle der Wirtschaftsförderin wird nicht sofort wiederbesetzt, ebenso wenig die Leitung SDOL. Dadurch entstehen zu Jahresbeginn Einsparungen bei Stellenprozenten und Lohnkosten. Bezüglich pflegender Angehöriger hat der Regierungsrat kürzlich entschieden, die genauen Tarife folgen noch. Die Spitex konnte sich stabilisieren. Die Entlastung für Grenchen durch die neue Regelung wird auf rund CHF 200'000 geschätzt, ist aber im Budget noch nicht berücksichtigt. Die SVP ist überzeugt, dass das Budget zu pessimistisch gerechnet ist. Angesichts der Belastungen, die viele Bürger bereits durch steigende Krankenkassenprämien tragen, ist es nicht angebracht, sie zusätzlich über Gebühren oder Steuern zu belasten - insbesondere nicht vorsorglich. Eine Schwankung von 2.5 % über das Jahr kann bereits darüber entscheiden, ob die Rechnung rot oder schwarz abschliesst. Die SVP sieht weiteres Optimierungspotenzial in der Stadtverwaltung. Die SVP kann damit leben, dass man bewusst mit einem negativeren Budget als sonst starten. Sie wird die geplanten Erhöhungen der Steuerfüsse der natürlichen und juristischen Personen natürlich nicht mittragen. Die Unternehmen haben derzeit andere Herausforderungen und sollten nicht zusätzlich belastet werden. Auch eine Erhöhung der Personalsteuer wird von der SVP abgelehnt. Die Kopfsteuer ist aus ihrer Sicht die am wenigsten gerechtfertigte Steuer, da sie einkommensunabhängig ist und damit zu überproportionalen Belastungen führen kann. Die SVP ist gespannt auf das Votum der SP zu diesem Punkt. Für die SVP ist klar: Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt, um die Bürger zur Kasse zu bitten. Die Stadt hat in den letzten Jahren gut gewirtschaftet und verfügt über ein solides Netto-Eigenkapital, das im Notfall - zumindest teilweise - als Sicherheitsmarge genutzt werden kann.

Die SVP malt finanzpolitisch oft in dunklen Farben, manchmal schwarz, aber nie rabenschwarz. Deshalb ist sie optimistisch eingestellt, dass sich die Weltlage beruhigt und die Wirtschaft wieder in ruhigere Gewässer gelangt. Aus ihrer Sicht ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, den Mittelstand und die KMU - das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft - vorsorglich zur Kasse zu bitten. Zum Schluss richtet Gemeinderat Richard Aschberger noch ein Anliegen an die Finanzverwaltung: Er fordert eine Übersicht über sämtliche Stellen der Stadtverwaltung in Vollzeitäquivalenten (VZÄ). Diese hat er in den letzten zehn Jahren bereits viermal verlangt, bislang jedoch ohne Erfolg.

- 2.5 Gemeinderat Daniel Hafner bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei David Baumgartner, seinem Team sowie den Abteilungs- und Bereichsleitenden für die geleistete Arbeit. Es liegt ein Budget vor, das im Bereich der Stadtverwaltung mit reduziertem Aufwand kalkuliert wurde. Wenn man die Voten der FDP und SVP hört, entsteht der Eindruck, dass es noch ein enormes Sparpotenzial gibt. Doch wer sich umhört - insbesondere im Bereich der Schulen - wird immer wieder mit Aussagen konfrontiert wie: «Das können wir uns nicht leisten», «Hier müssen wir aufs Geld schauen», oder «Das ist halt zu teuer». Dieses vermeintliche Sparpotenzial möchte er relativieren. Ein Blick auf die Kosten der ambulanten Krankenpflege, der Ergänzungsleistungen, der AHV und der sozialen Fürsorge zeigt eine deutliche Steigerung. Auch wenn er seinem Vordredner den Optimismus gönnt, muss man bei nüchterner Betrachtung feststellen, dass in diesen Bereichen keine sinkenden Kosten zu erwarten sind - im Gegenteil. Vor diesem Hintergrund erscheint die Korrektur der letztjährigen Steuersenkung als logische Konsequenz. Es ist nicht so, dass man die 2 % Steuersenkung damals so locker aus dem Ärmel geschüttelt hat, weil man finanziell so hervorragend dastand. Bereits im letzten Jahr wurde ein harter Budgetkampf geführt. Ein Beispiel dafür ist die LED-Strassenbeleuchtung, die aus energetischer und finanzieller Sicht dringend notwendig gewesen wäre. Auf diese wurde verzichtet - sie hätte rund CHF 300'000.00 gekostet - und stattdessen wurden die Steuern gesenkt. Die SP-Fraktion war überrascht, dass im Budget 2026 mit CHF 400'000.00 mehr Einnahmen aus Parkgebühren gerechnet wird. Das wirft die Frage auf, warum diese Einnahmen in den vergangenen Jahren nicht realisiert wurden. Im Vergleich mit anderen Städten sind die Parktarife in Grenchen sehr günstig oder das Parkieren ist sogar kostenlos. Es ist erfreulich, dass man nun erkannt hat, dass hier mehr Einnahmen generiert werden können. Mehrfach wurde auf den Kompass verwiesen. Tobias Neuhaus erinnerte daran, dass der Kompass 2.0, der am 16. Mai 2023 einstimmig verabschiedet wurde, verbindlich ist. Darin wurde festgehalten, dass «der Steuersatz dem kantonalen Durchschnitt entsprechen soll». Mit der letzten Steuersenkung wurde dieser Durchschnitt unterschritten. Im Bereich Kultur und Freizeit liegt das Budget 20 % unter dem Vorjahreswert. Gerade dieser Bereich ist für die Kompass-Strategie, die den Schwerpunkt auf die Wohn- und Lebensqualität legt, von zentraler Bedeutung. Ein Beispiel: Die Firma SpielRaum aus Bern erhielt einen Auftrag in fünfstelliger Höhe für ein Freiraumkonzept. Der Schlussbericht «Masterplan Spiel- und Begegnungsraum Grenchen» wird dem Gemeinderat am 18. November vorgelegt. Leider wurden im Budget keine entsprechenden Kredite für die Umsetzung weiterer Schritte berücksichtigt. Obwohl man betont, wie gut man unterwegs ist, muss man sich überall nach der Decke strecken. Das ist gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht ehrlich, wenn man gleichzeitig Optimismus verbreitet. Die SP-Fraktion unterstützt das Budget 2026 sowie alle Anträge zur Erhöhung der Steuern für natürliche und juristische Personen sowie der Personalsteuer.

- 2.6 Gemeinderat Ivo von Büren ist bereits seit längerer Zeit im Amt und hat in der Vergangenheit Budgets erlebt, deren Abweichung zur späteren Jahresrechnung lediglich zwischen 500'000 und 800'000 Franken lag - eine bemerkenswerte Treffgenauigkeit. Was er in den letzten sechs Jahre erlebt hat, ist Schwarzmalerei. David Baumgartner hat dem Gemeinderat alle Jahre rote Zahlen prophezeit und am Schluss hatte man trotzdem schwarzen Zahlen. Was er in den letzten sechs Jahren erlebt hat, ist vor allem eines: Schwarzmalerei. Jahr für Jahr prophezeite David Baumgartner dem Gemeinderat rote Zahlen und dennoch schloss die Jahresrechnung jeweils mit einem positiven Ergebnis ab. Auf Nachfrage, wie diese Resultate zustande kamen, wurde auf ausserordentliche Einnahmen verwiesen, die nicht vorhersehbar gewesen seien. Das mag zutreffen. Dennoch findet er das nun vorgelegte Budget, das ein sehr düsteres Bild zeichnet, nicht überzeugend. Bereits nach einem Jahr wieder eine Steuererhöhung zu beantragen, obwohl unklar ist, ob sich die prognostizierte Entwicklung überhaupt bewahrheitet, ist für ihn nicht nachvollziehbar. Das ist für niemanden gut, und er kann eine solche Politik nicht mittragen. Im Grenchner Tagblatt sprach Oliver Menge in einem Kommentar zum Budget 2026 von einem «finanzpolitischen Pendelschlag». Ivo von Büren widerspricht: Er ist kein Pendel, sondern verfolgt eine klare Linie, sowohl im Leben als auch in der Führung seiner Geschäfte. Das ständige Rauf und Runter bei den Steuern überlässt er anderen. Für ihn ist das keine seriöse Finanzpolitik. Zum Stichwort «ausserordentliche Einnahmen»: Auch im kommenden Jahr ist damit zu rechnen, dass die Stadt Landgeschäfte abschliessen wird. Grenchen verfügt über attraktive Landreserven, und es ist durchaus denkbar, dass ein, zwei oder drei Grundstücke verkauft werden könnten, mit entsprechendem Gewinn. Daniel Hafner hat in seinem Votum die Bildung angesprochen. Das ist ein interessantes Thema. Im Budgetprozess und später in einer GRK-Sitzung stellte er die Frage, wie viel die Stadt im Bereich Bildung leistet, das über die gesetzlichen oder kantonalen Vorgaben hinausgeht, und was diese freiwilligen Leistungen jährlich kosten. Bis heute hat er darauf keine Antwort erhalten und er glaubt auch nicht, dass er sie bekommen wird. Denn: Man will gar nicht sparen. Das ist das eigentliche Problem. Sparen ist möglich, auch wenn es manchmal unangenehm ist. Aber man sollte nicht bei Investitionen, Strassen oder Hochbau sparen. Das ist aus seiner Sicht am falschen Ort gespart. Eine Stadt kann man auch «zu Tode sparen» und genau das ist mit dem vorliegenden Budget geschehen. Davon ist er nicht begeistert. Er trägt das Kennzeichen «U» am Auto, weil er Unternehmer ist. Als solcher ist er es gewohnt, Risiken zu tragen, und so führt er auch seine Geschäfte. Doch wenn nach nur einem Jahr bereits Panik geschoben wird und man wieder die Steuern erhöhen will, macht er nicht mit. Das ist für ihn nicht akzeptabel.
- 2.7 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno berichtet, dass er in den Gruppenberatungen zum Budget noch nie einen solchen «Knorz» erlebt habe. Er war nur am ersten Beratungstage anwesend und an diesem Tag wurde konstruktiv gearbeitet und gewisse Fortschritte erzielt. Auch am zweiten Tag wurde gut gearbeitet, aber am dritten wurde alles auf den Kopf gestellt: Es wurde rigoros alles abgesägt und zusammengestrichen, damit man das vorliegende Budgetresultat erreicht. Das war nicht erfreulich. Aber David Baumgartner hat deutlich gemacht, dass sich die finanzielle Lage weiter verschlechtern wird, wenn man unverändert weitermacht. Deshalb unterstützt er die vorgeschlagene Steuererhöhung um zwei Punkte. Lieber jetzt moderat erhöhen, als nächstes Jahr plötzlich fünf oder sieben Punkte drauflegen müssen. Das wäre gegenüber der Bevölkerung kaum mehr vermittelbar.

Aus Sicht der Mitte ist es daher sinnvoll, frühzeitig zu handeln. Was er in den Gruppenberatungen erlebt hat, war für ihn insgesamt schwierig und wenig zufriedenstellend.

- 2.8 Gemeinderat Konrad Schleiss erinnert daran, dass die Kompass-Prozesse bereits vor zwei Legislaturperioden gestartet wurden. Diese Diskussionen waren damals herausfordernd, insbesondere als es um Sparmassnahmen ging. Ein Ergebnis war die Aufhebung der Stadtpolizei Grenchen. Nun beginnt die neue Legislaturperiode 2025-2029, und laut der Vorlage «Kompass: Controlling Berichtsjahr 2024-2025» der Wirtschaftsförderin laufen die aktuellen Kompassmassnahmen Mitte 2026 aus. Sein Anliegen ist es deshalb, dass der Gemeinderat einen Workshop durchführt, um die aktuelle Lage zu analysieren, neue strategische Ausrichtungen für den Kompass-Prozess entwickelt und erst danach über mögliche Steueranpassungen entscheidet. Er warnt davor, die Steuern vorschnell zu erhöhen, nur um später im Kompass-Prozess festzustellen, dass eine Senkung möglich wäre. Dieses «Zigge Zagge Hoi Hoi Hoi!» - ein Hin und Her bei der Steuerpolitik - soll vermieden werden. Fragen nach Sparmassnahmen werden gestellt werden, aber für ihn ist dies Haushaltsplanung. Im Finanzplan gibt es bei einigen Objekten noch die einen oder anderen Verzichtsmöglichkeiten. Man wird dies anders aufdröseln müssen, aber dafür ist der Gemeinderat strategisch verantwortlich. Er würde gerne diesen Prozess durchlaufen, bevor man die Steuern erhöht.
- 2.9 Daniel Hafner geht nochmals auf die «Linie» ein, die Ivo von Büren offenbar verfolgt, im Gegensatz zum Zickzack-Kurs. Er zeigt sich erstaunt: Der Gemeinderat hat in Workshops den Kompass festgelegt. Im strategischen Leitbild wurde beschlossen, den Steuersatz auf den kantonalen Durchschnitt auszurichten. Wäre man dem Kompass im letzten Jahr gefolgt, hätte man die Steuern nicht erhöht, sondern wäre bei 116.9 % geblieben - also 1 % unter dem kantonalen Durchschnitt von 117 %. Das war auch der Antrag der SP an der Gemeindeversammlung 2024. Hätte man diesem Antrag zugestimmt, müsste man heute nicht über «Zigge Zagge» oder «Hüst und Hott» diskutieren, sondern hätte eine klare Linie. Er ist nicht bereit, erneut an vier bis fünf Halbtagen einen Kompass zu definieren, der am Ende doch nicht eingehalten wird, wenn es darauf ankommt. Die Zielsetzungen müssen verbindlich sein, und man muss sich daran halten. Deshalb unterschreiben alle Gemeinderäte das Leitbild. Sonst ist das Makulatur und man fährt einen Zickzack-Kurs. Trotz des Kompasses wurde letztes Jahr völlig überraschend der Steuerfuss bei den natürlichen Personen auf 114.9 % gesenkt, mit dem Resultat, dass man jetzt wieder erhöhen muss. Das diktiert nun die Vernunft. Man kann zwar sagen, dass man Land kauft, aber das ist heikel, denn die Stadt agiert hier unternehmerisch. Er sieht die Stadt nicht als Unternehmen und ist nicht bereit, im Namen der Steuerzahlerinnen und -zahler Risiken einzugehen. Seine Verantwortung gilt den Bürgerinnen und Bürgern. Die entsprechenden Landverkäufe bringen einmalige Erträge, doch die Stadt kämpft mit strukturellen Defiziten, die langfristig bestehen. Darauf zu hoffen, dass sich die konjunkturelle Lage in den nächsten Monaten durch internationale Verhandlungen - etwa unter Führung von Trump oder Putin - verbessert, hält er für realitätsfremd. Wenn Richard Aschberger darauf baut und hofft, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung bald ändert, dann hofft er mit ihm, aber ehrlicherweise weiss jeder im Rat: Die Zeichen stehen anders. Man wird den Gürtel ohnehin enger schnallen müssen.
- 2.10 David Baumgartner weist darauf hin, dass nicht die Finanzverwaltung die Anträge inkl. Steuerfusserhöhungen zuhanden des Gemeinderates macht, sondern die Gemeinderatskommission als vorberatende Behörde.



- 2.11 François Scheidegger hat der letzten Steuersenkung bei den natürlichen Personen nicht zugestimmt. Auch er sieht keine Anzeichen, dass sich die Entwicklung in eine andere Richtung bewegen wird. Die Ablastungen werden weitergehen und am Ende trifft es immer die Gemeinden. Die Lage ist ernst. Deshalb empfiehlt er dem Gemeinderat, ein Massnahmenpaket zu beschliessen und zu verabschieden, und im kommenden Jahr konsequent daran zu arbeiten. Andernfalls sind erhebliche Steuererhöhungen unumgänglich. Man sollte jetzt bereits einen ersten Schritt machen, wie es im Antrag vorgesehen ist.

Eintreten wird  einstimmig  beschlossen.

### 3 Detailberatung

Das Budget 2026 wird Seite für Seite durchgegangen.

#### 3.1 Erfolgsrechnung

##### 3.1.1 Keine Wortmeldungen

#### 3.2 Investitionsrechnung

##### 3.2.1 **0290.5040.xx «Sicherheitsgebäude: Umbau für die Baudirektion» (nicht im Budget enthalten)**

- 3.2.1.1 Ivo von Büren bezieht sich auf das Projekt «Umbau Sicherheitsgebäude». Die Budgetvorlage BAPLUKB Nr. 39 vom 4. August 2025, mit der ein IR-Kredit zulasten IR 2026 beantragt wurde, wurde in den Gruppenberatungen aus dem Budget gestrichen. Er bekundet Mühe mit diesem Vorgehen. Der beantragte Budgetkredit beträgt CHF 967'000.00 und dient dem Umbau des Gebäudes, damit die Baudirektion in die Liegenschaft an der Simplonstrasse 9 einziehen kann. Das Gebäude steht seit drei Jahren praktisch leer, lediglich die Büros des Zivilschutzes sind noch darin untergebracht. Aktuell ist die Baudirektion im «Forum» an der Dammstrasse 14 eingemietet. Die Bruttomiete beträgt rund CHF 140'000.00 pro Jahr. In sechs Jahren wäre der Umbau abbezahlt, und das Geld wäre in eine städtische Liegenschaft investiert, die wieder genutzt wird. Er spricht sich dafür aus, den Kredit für 2026 entsprechend vorzusehen. Für ihn ist es wichtig, dass man bei diesem Projekt vorwärtskommt. Eine Streichung lässt das Vorhaben erneut in der Schwebe. Er ist sich nicht sicher, ob der Kredit nun wieder ins Budget 2026 aufgenommen oder das Ganze über einen Zusatzkredit abgewickelt werden soll.

- 3.2.1.2 François Scheidegger betont, dass man sich grundsätzlich über die Sanierung einig sei. Die Gruppenberatungen hatten jedoch den Eindruck, dass der Kreditbetrag sehr hoch angesetzt ist. Es liegt in der Verantwortung der Gemeinderatskommission, den Kreditbetrag sowie das Raumprogramm - das ihrer Meinung nach grosszügig gerechnet wurde - kritisch zu hinterfragen. Darum geht es in dieser Diskussion. In der Folge hat die Gemeinderatskommission am 22. Oktober 2025 Stadtbaumeister Aquil Briggen ermächtigt, den bestehenden Mietvertrag für das «Forum» (Dammstrasse 14) bis Ende 2027 zu verlängern. Der entsprechende Betrag wird im Budget 2027 berücksichtigt. Ein Umzug zu einem früheren Zeitpunkt wird nicht möglich sein.

- 3.2.1.3 Vize-Stadtpräsident Remo Bill ist der Ansicht, dass beim Projekt noch Verbesserungspotenzial besteht. Die Kosten und das Raumprogramm sollten von einer Fachperson überprüft werden.
- 3.2.1.4 Ivo von Büren stellt klar, dass er nicht grundsätzlich gegen Einsparungen ist. Er befürchtet jedoch, dass eine Streichung des IR-Kredits dazu führen könnte, dass wieder nichts passiert.
- 3.2.1.5 François Scheidegger weist die geäußerte Kritik als Unterstellung zurück. Er betont, dass das Geschäft dem Gemeinderat erneut vorgelegt und ein Zusatzkredit beantragt werden kann, sobald die Zahlen erhärtet sind und eine überarbeitete Vorlage vorliegt. Es geht um viel Geld, deshalb muss mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen werden.
- 3.2.1.6 Stadtbaumeister Aquil Briggen meint, dass die Botschaft angekommen ist. Auch die Baudirektion hat ein Interesse daran, mit dem Projekt vorwärtszumachen.
- 3.2.1.7 Richard Aschberger erkundigt sich, ob das Projekt im Finanzplan 2026-2030 enthalten ist.
- 3.2.1.8 François Scheidegger erklärt, dass im Finanzplan für das Objekt eine Million Franken im Jahr 2027 vorgesehen ist. Allenfalls kann die Investition auf zwei Jahre verteilt werden.

### 3.3 Anträge und Beschlussesentwurf

#### 3.3.1 Steuerfuss natürliche Personen

*Der Antrag der SVP, unterstützt durch die FDP und GLP (Beibehaltung Steuerfuss der natürlichen Personen bei 114.9 %), obsiegt gegenüber dem Hauptantrag (116.9 %) mit 8 : 7 Stimmen.*

#### 3.3.2 Steuerfuss für die juristischen Personen

*Der Antrag der SVP, unterstützt durch die FDP und GLP (Beibehaltung Steuerfuss juristischen Personen bei 120 %), obsiegt gegenüber dem Hauptantrag (130 %) mit 8 : 7 Stimmen.*

#### 3.3.3 Personalsteuer

*Der Hauptantrag (neu Personalsteuer Fr. 80.00) obsiegt gegenüber dem Antrag der SVP (Beibehaltung der Personalsteuer bei Fr. 50.00) mit 9 : 6 Stimmen.*

#### 3.3.4 Feuerwehrpflichtersatzabgabe

*Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe wird einstimmig auf 10 % der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum 800.00).*

Es ergeht folgender

## 4 Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

4.1 Das Budget der Stadt Grenchen für das Jahr 2026 wird genehmigt.

### 4.1.1 Erfolgsrechnung

Gesamtaufwand Fr. 132'765'796.00

Gesamtertrag Fr. 127'950'692.00

Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-) Fr. -4'815'104.00

### 4.1.2 Investitionsrechnung

Ausgaben Verwaltungsvermögen Fr. 12'117'000.00

Einnahmen Verwaltungsvermögen Fr. 200'000.00

Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen Fr. 11'917'000.00

### 4.1.3 Spezialfinanzierungen

- Abwasserbeseitigung

Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-) Fr. 152'450.00

- Abfallbeseitigung

Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-) Fr. -246'150.00

4.2 Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 114.9 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

4.3 Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 120 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

4.4 Die Personalsteuer wird auf Fr. 80.00 festgelegt.

4.5 Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe wird auf 10 % der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum 800.00).

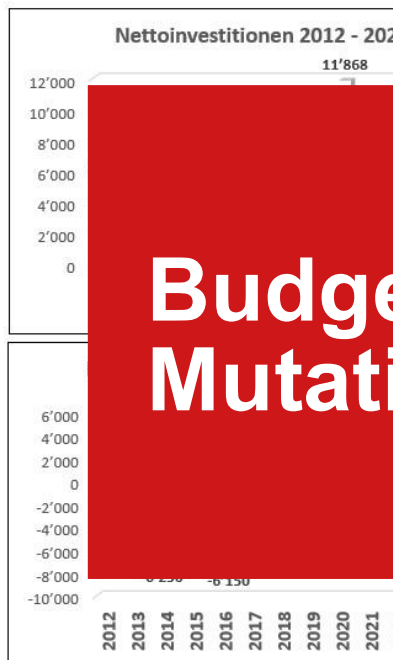
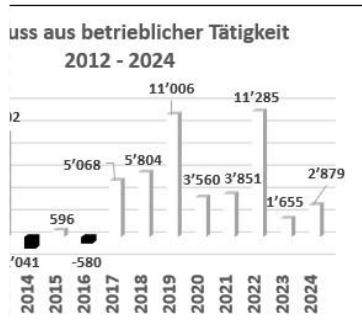
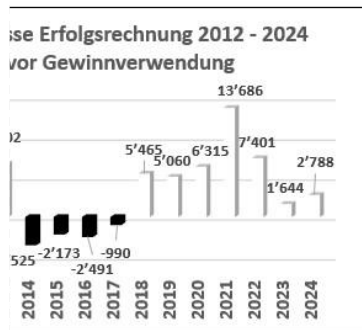
**Vollzug:** FV

**Beilage:** Folien 1-12

GV  
FV  
Abteilungsvorsteher/innen

9.2.1.6 / acs





Seit dem Versand der Unterlagen sind folgende Nachmeldungen zum Budget eingegangen:

L-Nr. 1596	Drucksachen	CHF	-600.-
L-Nr. 1896	Beiträge an Vereine	CHF	-1'000.-
L-Nr. 2397	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	CHF	99'100.-*
	* zzgl. Sozialversicherungsbeiträge		

<b>Total Mehraufwand</b>	<b>CHF 97'500.-</b>
<b>Ergebnis bisher</b>	<b>CHF -3'467'604.-</b>
<b>Ergebnis neu</b>	<b>CHF -3'565'104.-</b>

Diese Mutationen sind noch nicht im Budgetbuch und in den nachfolgenden Werten enthalten.

## Allgemeine Vorgaben

allgemein	Rechnung Budget		Budget
	Ausgangsjahr	2024	
Teuerung Personalaufwand Verwaltung (%)	-	-	0.50%
Teuerung Personalaufwand Lehrerschaft (%)	-	-	0.00%
Teuerung Sachaufwand (%)	-	-	0.00%
Steuern zu Vorjahr (%)	-	-	0.00%
Steuerfuss natürliche Personen (%)	117.0%	114.9%	116.9%
Steuerfuss juristische Personen (%)	120%	120%	130%
Abschreibungssatz durchschn. (%)	5.80%	5.36%	4.21%
Zinssatz (%)	-	0.99%	1.00%
Einwohner (Anzahl)	18700	18850	19300

## Erfolgsrechnung

Gestufter Erfolgsausweis	Budget 2026*	Budget 2025*	Rechnung 2024
Gemeinde gesamt	Betrag	Betrag	Betrag
<b>Betrieblicher Aufwand</b>	<b>130'984'796</b>	<b>131'362'248</b>	<b>132'804'787.11</b>
30 Personalaufwand	49'502'221	49'177'190	47'238'588.95
31 Sach- und übriger Aufwand	14'293'325	15'073'348	15'379'030.21
33 Abschreibungen	3'983'700	4'715'700	4'516'519.04
35 Einlagen	153'450	264'930	1'305'932.24
36 Transferaufwand	54'262'500	52'322'270	54'126'193.32
39 Interne Verrechnungen	8'789'600	9'808'810	10'238'523.35
<b>Betrieblicher Ertrag</b>	<b>123'376'652</b>	<b>123'670'350</b>	<b>133'061'774.00</b>
40 Fiskalertrag	57'235'000	55'675'000	62'704'760.91
41 Regalien und Kozessionen	1'600'300	1'602'600	1'452'148.90
42 Entgelte	15'088'200	17'535'250	14'919'028.46
43 Verschiedene Erträge	471'950	541'350	780'021.39
45 Entnahmen Fonds	735'150	299'770	814'012.10
46 Transferertrag	39'456'452	38'207'570	42'153'278.89
49 Interne Verrechnungen	8'789'600	9'808'810	10'238'523.35
<b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>-7'608'144</b>	<b>-7'691'898</b>	<b>256'986.89</b>

## Erfolgsrechnung

Gestufferter Erfolgsausweis Gemeinde gesamt		Budget 2026*	Budget 2025*	Rechnung 2024
		Betrag	Betrag	Betrag
<b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>		<b>-7'608'144</b>	<b>-7'691'898</b>	<b>256'986.89</b>
34	Finanzaufwand	1'683'500	1'621'000	2'053'359.27
44	Finanzertrag	5'605'040	5'058'550	7'029'715.46
<b>Ergebnis aus Finanzierung</b>		<b>3'921'540</b>	<b>3'437'550</b>	<b>4'976'356.19</b>
<b>Operatives Ergebnis</b>		<b>-3'686'604</b>	<b>-4'254'348</b>	<b>5'233'343.08</b>
38	Ausserordentlicher Aufwand	0	0	79'672.00
48	Ausserordentlicher Ertrag	219'000	4'992'062	5'073'042.72
<b>Ausserordentliches Ergebnis</b>		<b>219'000</b>	<b>4'992'062</b>	<b>4'993'370.72</b>
<b>Gesamtergebnis Erfolgsrechnung</b>		<b>-3'467'604</b>	<b>737'714</b>	<b>10'226'713.80</b>

Die Nettoergebnisse der Hauptaufgabenbereiche im Vergleich zum Budget präsentieren sich wie folgt:

(In 1'000 Franken)	Budget 2026	Budget 2025	Abweichung	Abw. %
0 Allgemeine Verwaltung	7'995	8'602	-607	92.9%
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	860	1'188	-328	72.4%
2 Bildung	23'456	24'065	-609	97.5%
3 Kultur, Sport und Freizeit	3'553	4'405	-852	80.7%
4 Gesundheit	8'042	7'278	764	110.5%
5 Soziale Sicherheit	19'778	17'967	1'811	110.1%
6 Verkehr	6'055	6'666	-611	90.8%
7 Umweltschutz und Raumordnung	1'434	1'512	-78	94.9%
8 Volkswirtschaft	670	746	-76	89.9%
9 Finanzen (ohne Steuern)	-12'036	-18'146	6'110	66.3%
<b>Nettoaufwand</b>	<b>59'808</b>	<b>54'283</b>	<b>5'525</b>	<b>110.2%</b>
9 Steuern (netto)	56'340	55'020	1'320	102.4%
<b>Ergebnis</b>	<b>-3'468</b>	<b>737</b>	<b>-4'205</b>	

Im Vergleich zum Vorjahresbudget setzt sich der Steuerertrag 2026 wie folgt zusammen:

(In 1'000 Franken)	Budget 2026	Budget 2025	Abweichung	Abw. %
<i>Natürliche Personen</i>	42'750	40'300	2'450	106.1%
<i>Quellensteuern Natürliche Personen</i>	2'850	2'200	650	129.5%
<i>Nachsteuern, Bussen und Eingang abgeschriebene Steuern</i>	105	240	-135	43.8%
<i>Personalsteuern</i>	1'100	675	425	163.0%
<i>Übrige Besitz- und Aufwandsteuern</i>	1'400	1'300	100	107.7%
<i>Hundesteuern, nur Anteil Gemeinde</i>	130	130	0	100.0%
<i>Grundstückgewinnsteuern</i>	950	650	300	146.2%
<i>Juristische Personen</i>	8'000	10'300	-2'300	77.7%
<b>Total Gemeindesteuern</b>	<b>57'285</b>	<b>55'795</b>	<b>1'490</b>	<b>102.7%</b>
<i>Abzüglich Forderungsverluste und pauschale Steueranrechnung</i>	-945	-775	-170	121.9%
<b>Gemeindesteuern netto</b>	<b>56'340</b>	<b>55'020</b>	<b>1'320</b>	<b>102.4%</b>

## Finanzierung Gesamthaushalt

gesamt			
Alle Beträge in Tausend CHF	Rechnung	Budget	Budget
Jahr	2024	2025	2026
Allgemein	-3'499	-12'685	-11'355
Wasserversorgung	0	0	0
Abwasserbeseitigung	872	-427	-472
Abfallentsorgung	-263	-136	-145
<b>Gesamtfinanzierung</b>	<b>-2'890</b>	<b>-13'248</b>	<b>-11'972</b>

## Netto-Investitionen

Alle Beträge in Tausend CHF		Rechnung	Budget	Budget
Jahr		2024	2025	2026
Nettoinvestitionen (steuerfinanziert)	✔	13'038	12'731	10'707
Nettoinvestitionen (gebührenfinanziert)	✔	460	1'260	1'210
<b>Nettoinvestitionen Gesamthaushalt</b>		<b>13'498</b>	<b>13'991</b>	<b>11'917</b>

**Investitionen allgemein aus Steuern: CHF 10.707 Mio.**

### Wesentliche Investitionsprojekte:

- Schulhaus Kastels: Schulraumerweiterung und Neubau DTH
- Schulhaus IV: Sanierung Dächer, Teilersatz Fenster und Storen Teil 1
- Diverse Strassenbauprojekte:
  - Biel-/Moosstrasse, Veloverbindung
  - Friedhofstrasse Mitte, Strassen- und Trottoirsanierung
  - Fussgängerbrücke Witibach, Instandstellung

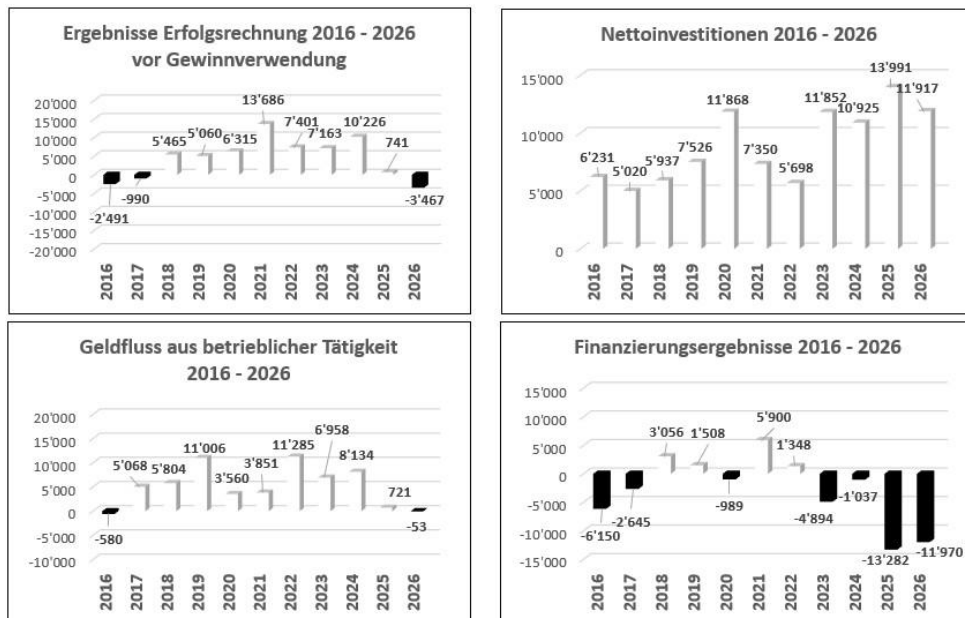
**Investitionen SF Abwasser – aus Gebühren: CHF 1.210 Mio.**

**Wesentliche Investitionsprojekte:**

- Nachführung GEP «generelle Entwässerungsplanung»
- Moosbachkanal, Sanierung

**Investitionen SF Abfallwesen – aus Gebühren: CHF 0.000 Mio.**

- Keine



*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2345*

## **Kompass: Controlling Berichtsjahr 2024-2025**

Vorlage: Wifö/04.09.2025

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wirtschaftsförderin Susanne Sahli fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

- 2.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill dankt Susanne Sahli für die Präsentation zum Kompass-Controlling Berichtsjahr 2024-2026. Die SP-Fraktion steht hinter der Kompass-Strategie und unterstützt deren Umsetzungen. Bei den Stossrichtungen 1 bis 3 mit den Begleitmassnahmen wird über den aktuellen Stand gut informiert und sie sind in den Tabellen übersichtlich dargestellt. Für die SP ist es wichtig, dass die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen eingehalten wird. Zur Begleitmassnahme c «Die städtische Kommunikation»: Die SP begrüsst die Lancierung eines neuen Videoclips über die Stadt Grenchen. Ein Video hilft zum Beispiel an einer Veranstaltung, die Stadt auch visuell zu präsentieren. Eine Anregung zur Webseite: Aus Termin- und auch aus Kostengründen hat man sich 2022 für die Gemeinde-Standartlösung ‚i-web‘ entschieden. Die Webseite sieht durchaus modern aus, hat aber noch ein paar Schwierigkeiten, die man verbessern sollte. Zum Beispiel bei den wichtigsten Links werden die Benutzer gleich wieder woanders hingeschickt. Die Webseite ist nicht aktuell und macht so keinen seriösen Eindruck. Es muss jemand die Verantwortung für die regelmässige Aktualisierung übernehmen. Gibt es für die Webseite der Stadt Grenchen ein Konzept? Sind die Strukturen überdacht? Es lohnt sich, die bestehenden Schwierigkeiten der soliden Webseite der Stadt Grenchen zu verbessern. Die SP-Fraktion nimmt den Controlling-Bericht und den überarbeiteten Massnahmenkatalog zur Kenntnis.
- 2.2 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, muss feststellen, dass nicht alle Aufgaben vom laufenden Kompass erledigt werden konnten, einige weisen zwar eine grüne Ampel auf, die Arbeiten jedoch sind nicht abgeschlossen. Zugleich gibt es sogar gelbe Ampeln, welche erklärungsbedürftig sind. Unter den Begleitmassnahmen sind z.B. Digitalisierungsmassnahmen wie die Schaffung der «Chief Digital Officer» Stelle aufgeführt, welche der Gemeinderat bewilligt und beschlossen hat. Weshalb nun nochmals grundsätzlich analysiert werden muss, ob es eine solche Stelle überhaupt braucht, ist ihm schleierhaft. Die neuen Kompassmassnahmen geben indirekt eine Antwort darauf. Dort wird der CDO durch einen Projektleiter Digitalisierung ersetzt, welcher jedoch auch bis Mitte nächstes Jahr nochmals überprüft werden soll. Es entsteht der Eindruck, dass die Digitalisierung in der Stadt Grenchen aktuell nicht besonders dringlich ist.

Und wenn man gerade bei den neuen Kompassmassnahmen ist, dann fragt er sich, ob diese überhaupt aktuell gehalten sind, denn bei den Begleitmassnahmen ist der neue Videoclip aufgeführt, der aber seines Wissens in den Budgetverhandlungen gestrichen wurde. Grundsätzlich ist die Mitte-Fraktion mit den jetzigen und den neuen Kompassmassnahmen einverstanden. Einzelne Punkte bedürfen jedoch noch einer Klärung, die im Rahmen der Detailberatung erfolgen wird.

- 2.3 Gemeinderat Daniel Lack erklärt, dass die SVP-Fraktion den Bericht zum Kompass-Controlling 2024-2025 sowie den überarbeiteten Massnahmenkatalog für 2025-2026 zur Kenntnis nimmt. Sie anerkennt die Arbeit der Verwaltung und von Susanne Sahli und dankt für die Erläuterungen. Gleichzeitig betont die Fraktion, dass die Massnahmen dort ansetzen sollen, wo sie einen konkreten Nutzen für die Bevölkerung, das Gewerbe und die Industrie bringen. Besonderes Augenmerk ist auf wirtschaftliche Effizienz, den sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel sowie eine stärkere Einbindung der lokalen Wirtschaft zu legen. Der Umfang des Controllings genügt der SVP; eine detaillierte Ausgestaltung ist aus ihrer Sicht nicht erforderlich. Lieber soll die Zeit für konkrete Projekte genutzt werden, statt für die Erstellung von Papieren, die keinen Mehrwert bringen.
- 2.4 Wie Roland Goetschi, Ersatz-Gemeinderat, ausführt, zeigt der Bericht, dass die Verwaltung die Ziele des Kompass 2.0 konsequent verfolgt und strukturiert dokumentiert. Die GLP dankt der Wirtschaftsförderung und allen beteiligten Stellen für die sachliche und transparente Darstellung. Trotz der angespannten Finanzlage konnten in zentralen Bereichen Fortschritte erzielt werden - beispielsweise bei der Digitalisierung, in der Landpolitik und im Bildungswesen. Wie die Finanzverwaltung festhält, werden die finanziellen Spielräume kleiner. Künftig muss noch stärker geprüft werden, welche Projekte zwingend sind und wo Aufwände reduziert werden können. Diese Einschätzung teilt die GLP. Der Bericht schafft eine gute Grundlage, um Entwicklungen nachvollziehbar zu machen und die strategische Planung weiterzuführen. Wichtig ist, dass der Kompass auch künftig eine klare Orientierung bietet und hilft, Mittel und Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den grössten Nutzen für Grenchen bringen. Die GLP nimmt den Bericht und den neuen Massnahmenkatalog mit dieser Haltung und mit Dank an die Verwaltung zur Kenntnis.
- 2.5 Laut Gemeinderat Konrad Schleiss dankt die FDP-Fraktion für die geleistete Arbeit und lobt das gut strukturierte Papier, das einen guten Rückblick auf die vergangenen Jahre bietet. Es wird deutlich, dass in verschiedenen Bereichen sinnvolle strategische Ziele sowie Effizienz- und Sparmassnahmen umgesetzt wurden. Bei Ziffer 3 Buchstabe b Absatz 1 «Räumliche Optimierung der Verwaltung» verweist der Kommentar auf den Grundsatzentscheid des Gemeinderates (GRB 2130) zur Sanierung des Stadthauses und den Umzug der Baudirektion an die Simplonstrasse 6, mit dem Hinweis, dass das Geschäft 2025 vor die Gemeindeversammlung kommen sollte. Dies scheint aktuell jedoch nicht mehr der Fall zu sein. Der Gemeinderat hat Massnahmen beschlossen, doch wurde bei einigen die zeitliche Vorgabe aus unbekanntem Gründen nicht eingehalten. Auf den ersten Blick wirkt dies wie ein Versäumnis der zuständigen Verwaltungsabteilung. Er wäre froh, wenn einmal gefasste Beschlüsse auch umgesetzt würden; andernfalls ist der Kompass anzupassen. Für das Jahr 2026 ist es ihm wichtig, die strategische Ausrichtung fortzuführen und den Kompass neu zu justieren. Man sollte jetzt nicht zu sehr zurückblicken: Viele Punkte wurden erreicht. Jetzt gilt es vorwärtszuschauen und den eingeschlagenen Weg strukturiert weiterzugehen.



- 2.6 Stadtpräsident François Scheidegger meint, dass sich vieles im grünen Bereich befindet. Einzelne Vorhaben konnten zwischenzeitlich leider nicht erfüllt werden. Das gehört jedoch zum normalen Verlauf der Dinge.
- 2.7 Susanne Sahli nimmt Bezug auf das Votum von Matthias Meier-Moreno. Im Controllingprozess wird jeweils Ende Juni der Schnitt gemacht, wobei die Massnahmen geprüft und evaluiert werden. Anschliessend beginnt der Budgetprozess. Ende August 2025 wurden in den Gruppenberatungen die Kredite für das Wohnortmarketing (u. a. Videoclip) aus dem Budget 2026 gestrichen. Nun müssen bestimmte Budgetposten über Nachtragskredite erneut beantragt werden.
- 2.8 François Scheidegger weist darauf hin, dass im Standortmarketing früher regelmässig mit Nachtragskrediten gearbeitet wurde.  
Eintreten wird beschlossen.
- 3 Detailberatung
- 3.1 Massnahmenkatalog Berichtsjahr 2024-2025
- 3.1.1 Matthias Meier-Moreno stellt eine Frage zu Ziffer 1 Buchstabe b: *«Belebtes Zentrum für Bevölkerung und Gewerbe, insbesondere mit Massnahmen für erhöhte Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum»*. Im Kommentar zum Punkt *«ETA-Wiese mit Spielgeräten ausrüsten»* heisst es: *In Arbeit; Probleme mit bestehendem Baumbestand (am Lebensende), Gefahr durch herabfallende Äste*. Er möchte wissen, ob geplant ist, die Pappeln zu fällen. Was ist konkret vorgesehen?
- 3.1.1.1 Stadtpräsident François Scheidegger weist darauf hin, dass die ETA-Wiese nicht im Besitz der Stadt ist, sondern der ETA gehört. Es liegt ein grundsätzliches Einverständnis vor, dass dort etwas gemacht werden könnte, jedoch bestehen gewisse Schwierigkeiten.
- 3.1.1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen erklärt, dass es sich um sehr alte Pappeln handelt, die etwa 1950 oder 1951 gepflanzt wurden und somit rund 75 Jahre alt sind. Diese Bäume haben ihre natürliche Lebensdauer bereits überschritten. Es gibt Totholz, das herabfällt und eine Gefahr darstellt. Für die Einrichtung eines Spielplatzes müsste in den Boden gegraben werden. Bei alten Bäumen ist dies heikel, da Eingriffe in das Wurzelwerk problematisch sind. Die Stadt kann der ETA jedoch nicht vorschreiben, die Bäume zu fällen. Das Projekt liegt daher derzeit auf Eis.
- 3.1.1.3 Susanne Sahli verweist auf den Masterplan Zentrum Grenchen. Im Rahmen der Zentrumsentwicklung muss geprüft werden, welche Massnahmen möglich sind und wie sie in das Gesamtkonzept passen.
- 3.1.2 Matthias Meier-Moreno bezieht sich auf Ziffer 1 Buchstabe e: *«Qualitätsbewusstsein bei Pflege und Erhalt der Sport-, Kultur- und Freizeitinfrastruktur - Belebtes Zentrum»*. Beim Punkt *«Konzept Infrastrukturbeitrag für Vereine ausarbeiten»* steht im Kommentar: *«Koordiniertes Vorgehen mit Anpassung Hallenreglement»*. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Arbeiten.
- 3.1.2.1 Finanzverwalter David Baumgartner erklärt, dass das Vorhaben zeitlich verschoben wurde. Man erwartet keine grossen Ertragspositionen, die sich generieren lassen. Das Projekt ist weiterhin geplant und soll im kommenden Jahr angegangen werden.

- 3.1.3 Matthias Meier-Moreno nimmt Bezug auf Ziffer 4 Buchstabe b: «*Laufende Optimierung unserer Dienstleistungen, abgestimmt mit der Digitalisierungsstrategie des Kantons*». Im Kommentar zum Punkt «*Die Einwohnerdienste werden mit nötigen personellen und modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet*» wird erwähnt, dass der Scanner (Penta) für den Schalter im Oktober 2024 in Betrieb genommen wurde. Er erkundigt sich, wie viele gefälschte Pässe seit der Einführung des Scanners entdeckt wurden.
- 3.1.3.1 Laut Stadtschreiber Sven Schär wurden seit der Inbetriebnahme des Scanners keine Passfälschungen festgestellt.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vom Kompass-Controlling Berichtsjahr 2024-2025 wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Vom überarbeiteten Massnahmenkatalog für 2025-2026 wird Kenntnis genommen.

**Vollzug:** Wifö, Abteilungsvorsteher/innen

Wifö  
Abteilungsvorsteher/innen

0.2.1 / acs

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2346*

## **Interpellation Remo Bill (SP): Bauqualität in der Stadt Grenchen sicherstellen und fördern: Beantwortung**

Vorlage: KZL/17.09.2025

1 Mit Datum vom 26. August 2025 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

*«Der Wakkerpreis 2008 des Schweizerischen Heimatschutzes (SHS) ging an die Stadt Grenchen. Gewürdigt wurden der respektvolle Umgang mit den zahlreichen Bauten der Nachkriegszeit, die sorgsame Weiterentwicklung der Stadt und die vielfältigen Aufwertungen des öffentlichen Raumes.»*

*Diese Würdigung des Schweizerischen Heimatschutzes sollte auch in Zukunft der Leitsatz für die Stadtentwicklung und den Umgang mit neuen Bauprojekten in der Stadt Grenchen sein.*

*In letzter Zeit sind Bauwerke oder Überbauungen in der Stadt Grenchen realisiert worden, wo die architektonische und planerische Qualität nicht mehr, oder nur zum Teil, vorhanden ist. Diese Projekte, sei es von privaten Bauherren oder von Investoren sind für Jahre im städtischen Raum sichtbar platziert und «prägen das Stadtbild».*

*Um die Bauqualität in der Stadt Grenchen in Zukunft sicherzustellen und zu fördern, muss das Baubewilligungsverfahren überprüft werden. Im neuen Baureglement, unter Paragraph 7, besteht die Möglichkeit eine Fachberatung Gestaltung für eine neutrale, fachlich ausgewogene fundierte Beratung beizuziehen.*

*Darum bitte ich die Stadtverwaltung um Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Wie sieht der detaillierte Ablauf beim Bewilligungsverfahren eines Baugesuches aus?*
- 2. Wer kontrolliert und beurteilt die Baugesuche bei der Baubehörde und wer entscheidet über die Baubewilligung?*
- 3. Wie wird die Bau-, Planungs- und Umweltkommission BAPLUK über Baugesuche informiert?*
- 4. Wie stellt sich die Stadtverwaltung dazu, dass eine Fachkommission Gestaltung bei allen Neu- und Umbauprojekten (wie zum Beispiel beim ehem. Warenhaus Meier Söhne) eingesetzt wird?*

## 2 Beantwortung

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Baudirektion in Koordination mit dem Stadtschreiber beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

## 3 Begründung

- 3.1 Gemäss Vize-Stadtpräsident Remo Bill wurde der erste Teil der Interpellation informativ und gut beantwortet. Der zweite Teil verdeutlicht, dass der Umgang mit Kritik anspruchsvoll ist. Fakt ist, dass die Bauqualität in der Stadt Grenchen in letzter Zeit abgenommen hat. Er ist nicht sicher, ob die Stadt den Wakkerpreis zu diesem Zeitpunkt noch bekommen würde. Man muss das Baubewilligungsverfahren überprüfen. Im Baureglement ist unter Paragraf 7 eine «Fachberatung Gestaltung» enthalten. Die Fachberatung muss nicht bei jedem Baugesuch eingesetzt werden. Sie sollte aber bei städtebaulichen, architektonischen oder gestalterischen Themen von öffentlichem Interesse beigezogen werden. Das wäre auch beim Baugesuch für das Projekt an der Leimenstrasse angesagt gewesen. Das Gebäude steht für Jahre an einer Hauptzugangsachse ins Stadtzentrum von Grenchen. Die Fachberatung Gestaltung ist auch ein unterstützendes Instrument für die Baudirektion. Die Baudirektion ist gewiss - wie in der Beantwortung geschrieben - eine professionelle Behörde. Ob sie aber für sich in Anspruch nehmen kann, über architektonische und gestalterische Themen allein zu urteilen, stellt er in Frage. Die Geschäftsprüfungskommission und er haben angeregt, dass für eine Stadt mit fast 20'000 Einwohnern nebst Ingenieuren auch ein Architekt eingestellt wird, um das gestalterische Wissen in der Stadt zu unterstützen. Fritz Haller, der bekannte Solothurner Architekt, hat ihm bei einem Gespräch über die Bauqualität einmal gesagt: «Die besten Architekten sollten eigentlich in der Verwaltung arbeiten, dort wo die Baugesuche geprüft werden.». Er ist mit der Beantwortung nur zum Teil einverstanden.
- 3.2 François Scheidegger stellt fest, dass sich der Interpellant von den Antworten teilweise befriedigt erklärt.
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BAPLUK  
BD

7.9.1 / acs

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2347*

## **Mitteilungen und Verschiedenes**

### **1 Gemeinderatsausflug vom 6. Dezember 2025**

- 1.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill organisiert eine durch Thomas Leimer geführten Wanderung auf den Bettlachstock (seit 2021 UNESCO Weltnaturerbe) mit Mittagessen ab 13.00 Uhr. Die Hinfahrt (09.00 Uhr) und Rückfahrt erfolgt mit einem Bus. Die Gemeinderatsmitglieder erhalten noch eine entsprechende Einladung.

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2348*

**VERTRAULICH**

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 9*

*vom 28. Oktober 2025*

*Beschluss Nr. 2349*

**VERTRAULICH**